INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Magazin gegen die Ruhe an der Heimatfront



Nr. 135

21. Februar 1991

Nicht 60 wie ursprünglich gemeldet, sondern 250 Schüsse feuerte die RAF auf die US-Botschaft

Vorwort:
siehe Ordner!

Zum Vorwort 13.1.
Selbiges hat einige Irritationen ausgelöst - und war leider auch so formuliert, daß es sie auslösen mußte.
Deshalb: 1. Wir erscheinen immer noch!
2. Sind wir auch weiterhin erstmal "Berlin-Info" auch wenn wir zur Zeit mehr aus anderen Bundesländern bringen.

Abo
gibts ab 3 Exemplaren

ZU Palästina-Papier
Wir sind das falsche Forum für die gewünschte **breite** Veröffentlichung und hatten inhaltliche Probleme mit dem Papier. Wer das Selbstbestimmungsrecht Kuwaits fordert, zementiert die Apartheid der kuwaitischen Gesellschaft. Außerdem argumentiert ihr ausschließlich auf der Völkerrechtsebene und stellt keinen Bezug zur Armutsbevölkerung des gesamten Nahen Ostens her.

INHALTSVERZEICHNISS

ORDNERiNNENLISTE
(heute mal extra lang)
- Palästina - Ein Volk kämpft für seine Freiheit
- Nieder mit dem imperialistischen, faschistischen und zionistischen Krieg
- Protokoll über die Veranstaltung "Palästinaprobleme" von Kharam Khella
- F. Antimas
- Wieso, weshalb, warum...in der Hafenstr.
- Presseerklärung Krümelladen
- Geldscheine zu Friedenstauben
- Konstanzer Autonome
- Helga und Hägar zu Sven Glückspilz

Rätsel 1:
Was ist der Unterschied zwischen den Schüssen am Rhein und den Schüssen am Blücherplatz?

Blücherplatz: 3 Schüsse, 3 Treffer !

Rätsel 2:
Was haben beide Ereignisse gemeinsam?

Keine Artgerechte Tötung

Kreuzberg. Mehr als hundert Ratten trieb es gestern in Kreuzberg aus ihren Löchern. Die Tiere versammelten sich in einer Grünanlage an der Ecke Blücherplatz/Tempelhofer Ufer.

. Ein von der Polizei benachrichtigter Schädlingsbekämpfer, im Volksmund »Kammerjäger« genannt, rückte mit einer Schrotflinte an und erlegte drei der krankheitsübertragenden Nager.

. der Schädlingsbekämpfer und Geschäftsführer eines Berliner Schädlingsbekämpfungsunternehmens, Wolfgang Witte,

»Ratten graben sich ihre Löcher am Rande der Kanalisation — wenn die plötzlich überschwemmt werden, flüchten die Tiere eben irgendwohin!« Es sei »völliger Blödsinn«, die Ratten mit einer Schrotflinte zu erschießen. »Mein Gott, die sind ja auch verzweifelt, wenn sie plötzlich ihr Heim verloren haben«, empörte sich Witte. Deshalb müsse man den Tieren die Möglichkeit schaffen, wieder in die Kanalisation zurüchzukehren. Wenn die Tiere schon getötet werden müßten, sollte man sie »artgerecht umbringen«:

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Redebeitrag von der Kundgebung von deutschen und türkischen ArbeiterInnen vor dem Bosch-Siemens-Hausgerätewerk in Haselhorst am Di. 13.2.91 während des Schichtwechsels.
Die Beteiligung an dieser Kundgebung war sehr gering, sie wurde aber von allen positiv wahrgenommen. Und sie hat den Linken im Betrieb so den Rücken gestärkt, daß sich nach Wochen der Stagnation endlich mal wieder heftige Diskussionen an den Bändern hauptsächlich wegen der Stückzahlerhöhung geführt wurden. Ob es solche Kundgebungen letztlich bringen, können wir wohl erst nach mehreren Versuchen sagen.

Kolleginnen und Kollegen

Arbeiterinnen und Arbeiter von Bosch - Siemens

Schichtarbeit, Akkordarbeit, Fließbandarbeit. Der Lohn ist zu niedrig für uns und unsere Familien. Die Arbeit macht uns krank und müde. Es gibt viele Unfälle.
Bei der Kundgebung vor 2 Wochen hier vorm Tor sagte uns ein Kollege: Gegen den Krieg? Wir haben hier jeden Tag Krieg.
Das ist richtig. Hier herscht jeden Tag Krieg. Der Krieg der Unternehmer gegen uns Arbeiterinnen und Arbeiter. Dieser Krieg geht nicht um Öl und Weltherschaft. Er wird nicht geführt mit Bomben und Granaten. Es ist ein stiller unauffälliger Krieg. Gegen diesen Krieg gibt es keine Friedensbewegung und keine Massendemon=strationen.

Was ist das für ein Krieg?

Seit jahren versucht die Firmenleitung immer wieder die Stückzahlen an den Bändern hochzutreiben. Erst werden die Bänder schneller gestellt und wir freuen uns, daß wir mal 20 bis 30 Minuten früher fertig sind. Aber dann heißt es, wenn wir früher fertig sind, können wir auch höhere Stückzahlen schaffen.

Seit Jahren gibt es monat für Monat 20 bis 30 Kündigungen wegen Fehlzeiten. Aber was sind Fehlzeiten? Erst macht uns die Arbeit krank, wir kriegen Kopfschmerzen, einen kaputten Magen, viele von uns leiden unter Schlafstörungen wegen der Schichtarbeit.
Und dann schmeißt Siemens wegen dieser Krankheiten Kolleginnen und Kollegen raus, die teilweise schon seit Jahren hier ausgebeutet werden.

Seit Wochen werden die **Arbeiter und Arbeiterinnen** die sich nicht alles gefallen lassen und öfter mal den Mund aufmachen, immer wieder umgesetzt. Immer wenn sie sich an die Arbeit gewöhnt haben und die Kolleginnen und Kollegen an den benachbarten Arbeitsplätzen kennengelernt haben, werden sie an neue Linien geschickt. Siemens will nicht, daß wir zuviel miteinander reden. Das könnte der Ausbeutung schaden.
Es ist richtig, hier herscht Krieg! Der Krieg um Stückzahlen, der Krieg um Profite. Hier führt dieser Krieg zu mehr Arbeitshetze, zu Krankheit, zu Arbeits=unfällen, zu Abmahnungen und Kündigungen. Und zu dem schleichenden Tod durch die Arbeit, wenn wir nach der Schicht zu müde sind, um wirklich zu leben.

durchsuchungen in Köln und Aachen +++ Nach dem Golfkrieg wird nach Ansicht des türkischen Präs

Der Krieg am Golf ist offener und direkter. Es sind die gleichen Profitinteressen für die am Golf hunderttausende Menschenleben geopfert weden.
Wer sind die Opfer dieses Krieges?

Hunderttausende von Arbeiterinnen und Arbeitern wurden in riesigen Flüchtlingstrecks aus der Golfregion vertrieben. Arbeiterinnen und Arbeiter aus Ägypten, Palästina, Jemen, Bangladesh und Pakistan, die seit Jahren auf den kuwaitischen Ölfeldern gearbeitet haben. Die dort gelebt haben wie hier die türkischen Familien, wie in Frankreich die Algerer und in den Usa die Lateinamerikaner.
Im türkisch-irakischen Grenzgebiet wird die kurdische Bevölkerung bombardiert. Egal ob sie auf irakischem oder türkischem Gebiet leben. Der türkische Özal nutzt diesen Krieg, um seinen Krieg gegen die Kurden zu verstärken. Dabei wird er unterstützt von der Bundesregierung, die Teile der Bundeswehr nach Kurdistan verlegt hat. Nicht nur den Krieg gegen die Kurden, nein, gegen die ganze in der Türkei lebende Bevölkerung hat Özal verschärft. Nach zahlreichen Streiks und Demonstrationen in den letzten Wochen und Monaten, nach einem Wiedererstarken der türkischen Arbeiterbewegung, nachdem die türkische Regierung mit dem Rücken zur Wand stand, gibt dieser Krieg in unmittelbarer Nachbarschaft dem türkischen Staat die lange gesuchte Gelegenheit, die Bedingungen für die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter wieder zu verschärfen. Es gibt in der Türkei – den allgemeinen Ausnahmezustand mit Streikverbot, Demonstrationsverbot und umfassender politischer Zensur.
Das irakische Volk leidet seit Jahren unter dem Terrorregime des Saddam Hussein. Tausende von Oppositionellen sind gefoltert und ermordet worden. Über 5000 Tote hat der Giftgasangriff auf kurdische Dörfer im Norden des Iraks 1989(?) gekostet. Und nun wird das irakische Volk von den Bombenteppichen amerikanischer, englischer und französischer Kampfflugzeuge terrorisiert.
Bereits heute steht fest, daß es in Folge des Krieges und der damit verbundenen Steigerung des Ölpreises zu bisher nicht gekannten Hungerkatastrophen in Afrika – kommen wird. Seit Jahren gibt es in diesen Ländern immer wieder Aufstände und Streiks. Die Menschen in Afrika lassen sich nicht widerstandslos in die kapitalistische Weltordnung eingliedern. Sie wehren sich gegen die Sparprogramme des internationalen Währungsfonds, die für sie Hunger, Not und noch mehr Zwang zur Arbeit bedeuten. Sie wollen keine billigen Arbeitskräfte für die westlichen Konzerne sein. Der Krieg am Golf richtet sich auch gegen sie.

Welches Interesse hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerike an diesem Krieg?

Für sie kommt der Krieg gerade recht.
Zum einen sichert er ihr die unmittelbare direkte Kontrolle in der Golfregion.



enten Özal in den Ländern der Region "der frische Wind der Demokratie" wehen +++ 16.2., Ankara,

Aber er trägt auch zur Lösung ganz anderer Probleme bei. Seit Jahren steckt die Usa in einer tiefen Krise. Eine wieder stärker werdende Arbeiterbewegung, zahlreiche Streiks, sinkende Produktivität und ein Aufschwung der sozialen Bewegungen von den Frauen bis zu den Schwarzen in den Großstadtghettos. Dieser Krieg soll auch dazu dienen diese inner=amerikanischen Probleme wieder in den Griff zu kriegen. Aber das wird für die amerikanische Regierung nicht leicht werden, inzwischen gibt es als Reaktion auf den Krieg in Amerika eine starke Antikriegsbewegung.

Was kostet dieser Krieg und wer wird in bezahlen?

Diesen Krieg, der Hunderttausende Menschenleben kosten wird, der Millionen in Not und Verzweiflung stürzen wird und der aller Vorraussicht nach die natürlichen Lebensgrund=lagen für die ganze Menschheit erheblich beeinträchtigen wird, diesen Krieg sollen wir bezahlen. Bezahlen mit unserer Arbeit und mit unserem Geld. Nach dem Wegfall der Berlinzulage sollen jetzt auch noch die Steuern erhöht werden. Diese Steuer=erhöhung ist von der Bundesregierung schon länger beabsichtigt. Aber erst jetzt mit dem Argument, daß dieser angeblich gerechte Krieg finanziert werden muß, setzen sie sie in die Tat um. Gerade jetzt, wo es nach Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs und steigender Gewinne allerhöchste Zeit für eine kräftige Lohnsteigerung gewesen wäre.
Wir werden verdammt aufpassen müßen, daß uns die Lohnerhöhung der nächsten Tarifrunde nicht hintenrum über die Erhöhung der STeuern und der Preise nicht wieder weggenommen wird. Dagegen hilft nur, für noch höhere Löhne zu kämpfen.
Und wir sollten uns weigern, den Massenmord an den Menschen im Golfgebiet auch noch zu bezahlen. Wir sind gegen diesen Krieg, wir kämpfen nur für unsere Interessen und nicht für die Herschftspläne irgendwelcher Regierungen und Staatsoberhäupter.
Wenn wir die täglichen Angriffe gegen uns, die Verschärfung unserer Arbeitsbedingungen, die Abmahnungen und Kündigungen, die täglichen Schikanen unserer Meister und Vorarbeiter wirkungsvoll bekämpfen wollen, wenn wir uns endlich mehr Lohn erstreiten wollen dann ist der erste Schritt dazu, uns zusammenzusetzen. Zusammenzusetzen, um über unsere Forderungen und über unsere Möglichkeiten zu kämpfen zu reden. Wenn wir in den Pausen immer nur Karten spielen und bei der Arbeit nur über Autos und das Wetter reden, werden wir nie etwas verändern. Aber wenn wir uns zusammentun und bereit sind den Kampf aufzunehmen, den Krieg gegen uns umzudrehen in einen Krieg gegen alle Chefs und Firmenleitungen, gegen alle Militärstrategen und Machthaber, gegen alle Saddam Husseins und George Bushs und alle dieser Welt dann gehört die Zukunft uns.

Turgut Özals

ein fehlendes 18 m langes Gleisstück brachte einen Zug zum Entgleisen. Der Zug, der Militärmater

Die ArbeiterInnenkämpfe in der Türkei im Schatten des Krieges

Daß Regimes Kriege vor allem als Krieg gegen das eigene Proletariat führen, wird heute am deutlichsten in der Türkei. Zehn Jahre nach dem letzten Putsch der Militärs kämpft Staatspräsident Özal an mehreren Fronten ums Überleben. Als einer der ersten verhängte er das Embargo über seinen Handelspartner Irak und begann offen mit der Option Krieg Politik zu machen, weil er anders nicht mit den größten Problemen fertig wird: dem zunehmenden ArbeiterInnenkampf und der Aufstandbewegung im kurdischen Südosten der Türkei. Die ersten Maßnahmen waren Streikverbote und die Aufhebung der Menschenrechte in den kurdischen Regionen.

Wirtschaftliche Dauerkrise

Die türkische Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Özal hatte als Wirtschaftsminister unter dem Militärregime mit Hilfe von IWF-Krediten die Umstellung des gemischten Wirtschaftssystems mit seinen großen Staatsbetrieben auf eine exportorientierte Privatwirtschaft proklamiert. Er bemühte sich um Investitionen von Auslandskapital und warb mit den niedrigen Arbeitskosten in der Türkei. Einige Privatkonzerne haben v.a. durch Zusammenarbeit mit ausländischen Kapitalgruppen in den letzten Jahren saftige Gewinne verzeichnen können, eine neue Mittelschicht hat sich an hohen Zinsgewinnen eine goldene Nase verdienen können, aber nach einer kurzen Aufschwungphase ist das Wirtschaftswachstum steckengeblieben. Ausländisches Kapital hat nicht wie erwartet investiert, Zuwachs gab es vor allem in der Tourismusindustrie. Die Verarmung der Arbeiter führt nicht automatisch zur Verwertung, und mit niedrigen Löhnen allein läßt sich noch keine hohe Arbeitsproduktivität erzwingen. Die Kaufkraft dieser ArbeiterInnen ist entsprechend niedrig. Die Exporte sind zwar gestiegen, sie beschränken sich aber auf Nahrungsmittel, Textilien und Komponenten für Kraftfahrzeuge, also Waren, die auf dem Weltmarkt im Überfluß vorhanden sind. Eine fortgeschrittene Elektronikindustrie gibt es bis heute nicht. Es gibt heute mehr Arbeitsplätze in Staatsbetrieben als vor der Privatisierungspolitik, denn immer noch werden sie nach wahltaktischen Gründen verteilt. Die Arbeitslosigkeit ist extrem hoch. Die Einkommenssituation der Proletarier hat sich im letzten Jahr enorm verschlechert. Ein Monatslohn reicht bei weitem nicht mehr für eine Wohnungsmiete, die Familien sind auf Zweit- und Drittjobs und Unterstützung durch im Ausland lebende Verwandte angewiesen. Nach der Besetzung Kuwaits und der Verhängung des UNO-Embargos wurden zuerst die Benzinpreise verdoppelt, gleichzeitig steigen die Preise für alle Lebensmittel, so daß die Inflationsrate jetzt monatlich 8% beträgt. Als Ausgleich für die Beteiligung am Embargo und am Krieg bekam die Regierung einen neuen Kredit von der Weltbank und jede Menge Wirtschafts- und Militärhilfe seitens der Bundesrepublik.
Die Streikbewegung hat sich seit Dezember 1990 erheblich ausgeweitet, viele sprechen vom kommenden "Frühjahr der ArbeiterInnen".

Der Bergarbeiterstreik

Den Anfang hatten die 48.000 Bergarbeiter gemacht, die am 30. November in den Streik getreten sind mit der Forderung nach 300% mehr Lohn. Staatspräsident Özal antwortete darauf mit der Drohung, die eh unprofitablen Kohleminen zu schließen und in Zukunft Kohle zu importieren. Dieser direkte Angriff hat der Bewegung eine politische Ausrichtung gegeben. Die Forderung war von nun an auch "Rücktritt der Regierung". Seit Beginn des Streiks werden in Zonguldak jeden Tag Aktionen gemacht: Sitzstreiks, Demonstrationen. Die Geschäftsleute

ArbeiterInnenbewegung in der Türkei

Nach dem Verbot aller linken Gewerkschaften 1980 und dem Streikverbot wurden innerhalb der engen Grenzen des neuen Gewerkschaftsgesetzes einige Industriegewerkschaften wiederzugelassen. Mitte der 80er Jahre gab es in der Türkei die ersten Streiks. Treibende Kraft waren auch viele Linke, die nach 1980 in Basisstrukturen im Betrieb und in der Gewerkschaft untergekommen waren. Im Frühjahr 1989 entwickelte sich während der Tarifverhandlungen für die Staatsbetriebe eine ArbeiterInnenbewegung von ganz neuem Charakter. Anders als in den 70er Jahren beschränkte sie sich nicht auf die Industriezentren im Westen des Landes. 600.000 ArbeiterInnen in allen Teilen des Landes entwickelten Streik- und Protestformen, die Streikverbote und Repression umgingen (siehe WC 47 und 49). Alle ArbeiterInnen kämpften gemeinsam unter einer einheitlichen Forderung nach mehr Lohn und zwangen die Regierung zum Nachgeben.
Zwei Jahre später hat die Inflationsrate die Lohnerhöhung längst wieder aufgefressen. Die Bergarbeiter in Zonguldak am Schwarzen Meer begannen schon lange vor Ablauf des Tarifvertrages mit Protesten. Zum zehnten Jahrestag des Militärputsches machten sie als einzige in der Türkei einen Warnstreik, am 30. November traten 48.000 Bergarbeiter in den Streik für 300% mehr Lohn.
Ein Bergarbeiter verdient etwa 250 Mark im Monat - und das für unglaublich harte Arbeit: der Kohleabbau ist noch weitgehend Handarbeit, allein im letzten Jahr starben in 10 Monaten 22 Bergarbeiter. Es gibt Arbeiten unter Tage, die die Arbeiter nur eine Woche lang durchhalten, dann gehen sie eine Woche in ihr Dorf zurück, um sich zu erholen.
Die Arbeiter dieser größten Kohleregion der Türkei waren schon immer sehr kämpferisch. Nach dem Verbot des linken Gewerkschaftsbundes DİSK 1980 organisierten sie die Bergarbeiter in der zum Gewerkschaftsverband Türk İş gehörenden Genel Maden İş. In dieser Gewerkschaft, die seit 25 Jahren nicht mehr gestreikt hatte, wurde die Unzufriedenheit der Arbeiter immer größer. Vor einem Jahr setzten sie den Vorsitzenden ab und wählten Şemsi Denizer, der wesentlich kämpferischer auftrat. Unter seiner Führung wurde die Gewerkschaftsarbeit neu strukturiert, über Schulungen und Massenversammlungen wurden die Arbeiter organisiert. Die neue Führung suchte für die Organisierung des Streiks sogar die Zusammenarbeit mit den von Linken forcierten Betriebskomitees, sie suchte die Unterstützung der Frauen, der Kleinhändler, der Jugend.

geklaut aus:wildcat nr.54

ial transportierte, war auf dem Weg nach Malatya, wo sich das Hauptquartier der türkischen Armee

hielten aus Solidarität mit den Bergarbeitern ihre Läden geschlossen, die Schüler boykottierten den Unterricht. Eine Bewegung dieser Breite hat es seit zehn Jahren in der Türkei nicht mehr gegeben.

Ende Dezember traten die Metallarbeiter in verschiedenen Betrieben in den Streik mit ähnlichen Forderungen wie die Bergarbeiter. Während sich die ArbeiterInnen der ganzen Türkei mit den Bergarbeitern solidarisierten, nahmen nur wenige Notiz vom Streik der Metaller, die doch immerhin 120.000 sind. Die Reaktion der Regierung auf die Streiks war sehr hart, das staatliche Radio und Fernsehen machte Propaganda gegen die ArbeiterInnen, während die Zeitungen zunächst sehr positiv über die Auseinandersetzungen berichteten. Darüber gelang es ihnen aber auch, die Handlungen der Gewerkschaftsführer zu beeinflussen.

Die Bewegung ist auch eine politische Bewegung

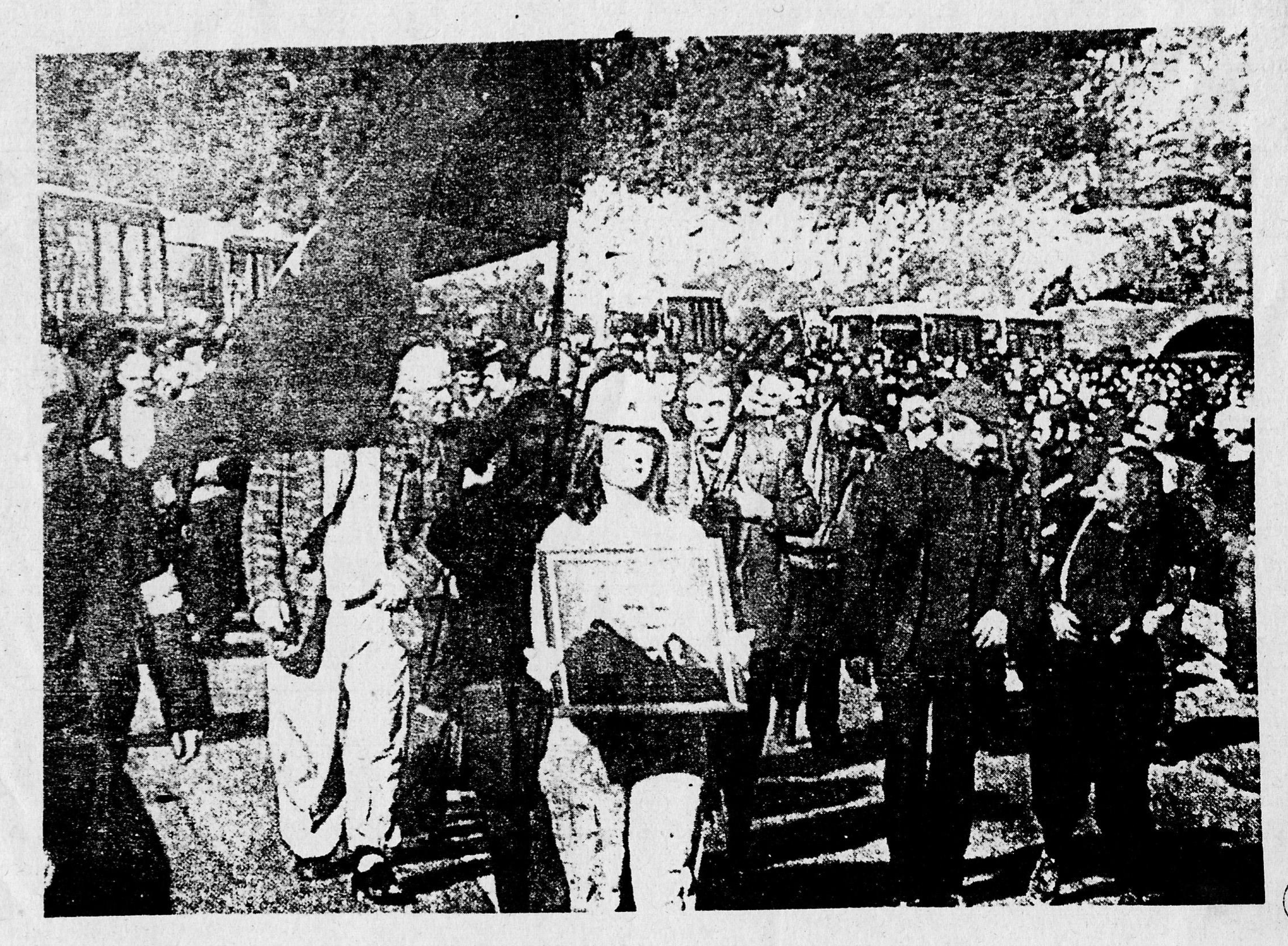
Die ArbeiterInnen haben auf ihren Demonstrationen immer "Generalstreik" gefordert - gegen die Regierung, gegen die Teuerungen. Der Gewerkschaftsbund Türk İş und die Regierung gerieten in Panik und wußten nicht, wie sie auf die Situation reagieren sollten: eine Streikwelle für mehr Lohn war angelaufen, täglich nahm die Zahl der streikenden ArbeiterInnen zu, am einen Tag streiken 80, am nächsten schon 8000. Anfang 1991 befanden sich 143.000 ArbeiterInnen im Streik: 48.000 Bergarbeiter, der Rest MetallarbeiterInnen. Daraufhin setzte die Türk İş einen Tag Generalstreik für 3. Januar 1991 fest. Da ihn die Verfassung verbietet, wurde offiziell "ein Tag Fernbleiben von der Arbeit" angekündigt.

Der Generalstreik

Trotz massiver Drohungen seitens der Regierung blieben 90% der ArbeiterInnen an diesem Tag zu Hause. Bis auf wenige Städte im Osten, die von religiösen Kräften beherrscht sind, fanden die Aktionen im gesamten Staatsgebiet statt, auch in der Ausnahmezustandsregion im Südosten. Z.B. auch in der Ölindustrie, die als strategischer Sektor, gilt und wo deshalb Streiks verboten sind.

Der Generalstreik war eine Kampfansage an die Regierung am Vorabend des Krieges. Sein Ziel war die Solidarität mit den kämpfenden Bergarbeitern. Eine eigentliche Forderung hatte er nicht. Der Gewerkschaftsbund wollte sich mit Ausrufung des Streiks an die Spitze der Bewegung stellen, um sie nicht aus dem Ruder laufen zu lassen. Denn die Privatunternehmer waren immer mehr besorgt über die schnelle Ausweitung der Streikbewegung. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes TİSK versuchte zu vermitteln: «Wir forden die Arbeitgeber auf, den beteiligten ArbeiterInnen nur einen Tageslohn abzuziehen und nicht anderweitig zu bestrafen. Wir müssen endlich moderne industrielle Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern aufbauen.» Sie schlugen 100% Lohnerhöhung vor, ein Prämiensystem und einen Mindestlohn von 700.000TL (Die Gewerkschaften fordern 150-175%).

Am 4. Januar begannen die Bergarbeiter ihre Demonstration nach Ankara. Die Regierung hatte verhindert, daß am 4. Januar leere Busse nach Zonguldak fahren, die die ArbeiterInnen abholen sollten. Was keiner erwartet hatte, die Arbeiter und ihre Familien beschlossen, die 300 km trotz der Kälte zu Fuß zu gehen. Schon am ersten Tag tauchte Militär auf und sperrte die Straße, zog sich aber wieder zurück, als die Arbeiter weiterliefen. Am 5. Januar waren 8200 Papierarbeiter in den Streik getreten. Am 5. Januar trafen der Vorsitzende der Berg-



zur Überwachung der türkisch-irakischen Grenze befindet und ein Teil der NATO-Truppen stationiert

arbeitergewerkschaft Genel-Maden İş, Denizer und Innenminister Akbulut in Bolu zusammen und kamen zu einer Einigung. Später wurde die Einigungssumme seitens der Regierung als Brutto- statt als Nettobetrag ausgegeben. Unter dem Druck der Arbeiter wollte Özal nicht nachgeben. Die Arbeiter setzten den Marsch fort in Richtung Ankara. Acht km vor der E 5, der wichtigsten Verbindungsstraße zwischen Istanbul und Ankara, wurden sie durch eine Barrikade der Militärs gestoppt. Bei Temperaturen von unter null Grad warteten die ArbeiterInnen zwei Tage. Es kam zu Rangeleien und einigen Festnahmen. Der Gewerkschaftschef wollte die direkte Auseinandersetzung mit dem Militär vermeiden. Er hatte gehofft, vor dem Betreten der E 5 zu einer Einigung zu kommen und deshalb diese Blockade der Hauptverbindung zwischen Istanbul und Ankara so lange wie möglich vermieden. Als die Konfrontation unausweichlich war, bereitete er die Vertrauensleute auf eine Durchsetzung des geordneten Rückzugs vor. Den Befehl zur Umkehr hatten die Medien mit ihrer Propaganda vorbereitet. Diese Entscheidung hat die starke Bewegung in die Sackgasse geführt. Seither ist es zu keinem Tarifabschluß gekommen, die Regierung hält die Gewerkschaftsführung hin, der Beginn des Krieges im Irak muß als Begründung herhalten.

Die privaten Unternehmer tun alles, damit sich die Streikbewegung nicht ausweitet. Die Textilgewerkschaft unterschrieb am 15. Januar den Tarifvertrag mit Ergebnissen, die den Forderungen der Bergarbeiter entsprechen, denn am selben Tag wurden die Einfuhrbeschränkungen der USA für türkische Textilien aufgehoben. Ebenso versuchen die privaten Metallunternehmer zu einer Einigung zu kommen.

Zur Zeit befinden sich 150.000 ArbeiterInnen im Streik: 48.000 Bergarbeiter, 8.200 PapierarbeiterInnen, über 100.000 Metallarbeiter. Am Tag nach dem UN--Ultimatum sind in Ankara die ersten Tarifverhandlungen für die Staatsbetriebe angelaufen. Sie stehen unter dem Schatten des Kriegseintritts der Türkei. Was das Kriegsrecht für diese laufenden Kämpfe und die sich gerade neustrukturierende ArbeiterInnenbewegung bedeutet, kann sich noch keiner ausmalen. Wenn die Kämpfe wirklich Ausdruck der ArbeiterInnenbedürfnisse sind in einer Situation, in der sie nichts mehr zu verlieren haben, wird die Verhaftung der Führer die Bewegung nicht zerschlagen können, wie das 1980 möglich war.

Gegen den möglichen Kriegseintritt der Türkei hatte es anfangs Aktionen von SchülerInnen und StudentInnen, von Frauen und linken Organisationen gegeben. Die parlamentarische Opposition veranstaltet zwar Massenkundgebungen für Frieden, sie kann aber der Regierung nichts entgegensetzen und wird den Krieg mit tragen. Die Arbeiter haben zwar einen verbotenen Generalstreik gemacht, aber kaum Aktionen, die sich direkt gegen den Krieg richten. In dieser Situation haben sich alle Hoffnungen auf die kämpfenden Bergarbeiter gerichtet, die die einzige funktionierende Opposition zu sein schienen, die in der Lage ist, die Regierung unter Druck zu setzen. Die Vertreter der Oppositionsparteien versuchten, mit den Bergarbeitern Politik zu machen, indem sie bei dem Marsch auftauchten. Alle linken Gruppen schickten Vertreter zu den Bergarbeitern, versuchten mit Agitation und neuen Parolen der Bewegung eine politische Ausrichtung zu geben: "Arbeiter vereinigt Euch und erobert die Macht!". Die Parolen wurden von den ArbeiterInnen teilweise aufgenommen und zwangen der Führung eine radikalere Sprache auf: "Die Regierung soll zurücktreten!". Zum Teil wurden sie von den Arbeitern spontan erfunden, zum Teil aber auch sehr stark von der Führung benutzt, um die Disziplin während der anstrengenden Tage aufrechtzuerhalten: "Wir machen keine Politik, wir kämpfen für Brot!" - "Wir haben die Schiffe verbrannt, es gibt kein Zurück!" - "Eher sterben als umkehren!". Manche Parole allerdings hört sich für uns eher erschreckend an: "Vorsitzender, mit dir gehen wir bis in den Tod!"

Am 26. Januar verhängte die Regierung wegen des Krieges ein zweimonatiges Streikverbot.

Aktionen in den kurdischen Regionen

Schneller als direktes militärisches Eingreifen hat die Angst vor einem Krieg die Region an der irakischen Grenze und um die Luftwaffenstützpunkte Batman und Diyarbakır entvölkert. Nur die Arbeiter haben seit Ausbruch des Krieges Urlaubssperre. Angeblich sollen drei Millionen Menschen in "sichere" Gebiete geflohen sein. Einige werden nicht mehr zurückkommen. Wie kurdische Organisationen befürchtet hatten, bombardierten türkische Flugzeuge im Schatten des Krieges vermutete Guerilla-Stützpunkte. Trotzdem gibt es immer wieder Protestkundgebungen der Bevölkerung. Am 25. Januar kam es in Bingöl, Van und Batman zu großen Demonstrationen. Zum ersten Mal waren religiöse Gruppen und Unterstützer der Befreiungsbewegung gemeinsam auf die Straße gegangen. Das Militär schoß auf die Demonstranten, es gab Tote und viele Verletzte. Aber noch am selben Abend wurde das Verbot der kurdischen Sprache aufgehoben. Özal spielt mit dem Gedanken ein "autonomes Gebiet" für die Kurden im Nord-Irak einzurichten, natürlich unter seiner Vorherrschaft. Das Erlauben der kurdischen Sprache ist auch sowas wie ein Angebot an die KurdInnen, falls sie im Gegenzug seine Vorstellungen akzeptieren. Die Kriegssituation beschleunigt Entwicklungen.

Staatspräsident Özal regiert heute über das Amt des Staatspräsidenten mit praktisch diktatorischen Vollmachten. Die rein militärischen Maßnahmen, mit denen er auf Protest und Arbeiterkampf reagiert, zeigen seine politische Schwäche. Viele gehen davon aus, daß wenn die Gewerkschaftsführung den Marsch der Bergarbeiter nach Ankara nicht gestoppt hätte, und die ArbeiterInnen weitergelaufen wären, das massive Auswirkungen auf die anderen Streikbewegungen gehabt hätte. Özal hatte solche Angst, daß er rund um das Regierungsviertel schon Panzer auffahren ließ. Die Opposition ist auch schwach, hat keine Alternative anzubieten. Einige der Gewerkschaftsführungen tragen den Kriegkurs mit, - obwohl sie nach außen vollmundig für den Frieden eintreten. In dieser blockierten Situation kann eine Kampfbewegung wie die der Bergarbeiter strategische Bedeutung bekommen.

Berlin, Ankara, 30.1.91



ist. Einen Tag zuvor wurden drei Personen bei Sabotageversuchen an Zuggleisen festgenommen +++

ÜBER DIE LAGE DER FLÜCHTLINGE UND MIGRANTINNEN

geklaut aus RAZZ Nr. 21 / Hannover

Wer und welche aufmerksam die wenigen Infos verfolgt hat, die trotz Zensur in der Presse auftauchen, wird sich vielleicht gewundert haben, daß die Flüchtlinge, die aus dem Irak und Kuwait fliehen, weniger IrakerInnen, denn Pakistanis, Somalis oder YeminitInnen sind. Warum ist das so, und wie sah ihre Position vor den Kriegsausbruch aus?

Die Erdöl-Kleinstaaten wie Kuwait oder die Vereinigten Arabischen Emirate sind ursprünglich Stützpunkte, die die britischen Koloialisten während des letzten Jahrhunderts, nach dem zusammenbruch des Osmanischen Reiches errichtete. Die Entdeckung des Ölreichtums dieser Regionen bewegten die britischen Kolonialisten zur Aufteilung der Region in Kleinstaaten, deren Grenzen dem Geltungsbereich von Ölkonzessionen entsprachen, die England den US-imperialistischen Ölgesellschaften gewährt hatte. Ebenso sollten auch die ölreichen Kleinstaaten von den dichter besiedelten Regionen um den Golf abgeschnitten werden, mit denen sie früher eigentlich zusammengehörten. So war das heutige Kuwait während des osmanischen Reiches Teil der Provinz Basra. Die Statthalterpositionen wurden kooperationsbereiten, patriarchal-feudalistisch geprägten Clans übertragen, die seitdem, trotz ihres Reichtums abhängig vom Schutz einer imperialistischen Macht waren, und, trotz aller Widersprüche in der Palästina-Frage streng antikommunistisch und prowestlich eingestellt waren. 1961, zum Zeitpunktseiner "Unabhängigkeit" hatte Kuwait nur 30.000 EinwohnerInnen. Die Bevölkerung bestand schon zu dieser Zeit zum Teil aus MigrantInnen, die vom Ölreichtum, der den Einheimischen reserviert wurde, ausgeschlossen waren. Der Öl-Boom, der 1974 begann, führte zur massiven Einwanderung von ArbeitsimmigrantInnen, deren Anteil 60 % in Kuwait, 25 % in Saudi-Arabien und 75 % der Bevölkerung in den VAE ausmachten. Diese ImmigrantInnen waren rassistischer Diskriminierung durch die einheimische, privilegierte Bevölkerung ausgesetzt, und hatten keinerlei Rechte. So waren in Kuwait weniger als 10 % der Bevölkerung wahlberechtigt. Und auch sonst wurde ihnen all das, was in westlichen Ländern Bürgerrechte genannt wird, verweigert. Die Mehrheit von ihnen, vor allem ArbeiterInnen aus asiatischen Staaten, hatten nur eine begrenzte Aufenthaltsberechtigung. In keinem dieser Staaten erhalten MigrantInnen solche Sozialleistungen wie die Einheimischen, wenn überhaupt. Sie haben keinen gesetzlichen Schutz, keine politischen Rechte und kein Organisations-, Veröffentlichungs- oder Streikrecht. Wie Leibeigene oder Sklavinnen sind sie meistens an bestimmte Arbeitgeber gebunden, und die Saude-Presse ist voll mit Anzeigen und Steckbriefen, die nach geflohenen ArbeitsimmigrantInnen suchen. Die totale Unterdrückung und Ausbeutung gilt im besonderen Maße für Asiatinnen, die teilweise mit falschen Stellenauschreibungen geködert werden, als Hausmödchen arbeiten müssen und der völligen Verfügungsgewalt ihrer Herren über Arbeitskraft und Körper ausgeliefert sind. Dies berichtete z. B. eine geflohene Hausangestellte der Kuwaitischen Herrscherfamilie. In Saudi-Arabien und den Emiraten sind bestimmte Arbeitsplätze nur den StaatsbürgerInnen v orbehalten. In Oman wird die Förderung der Migration als Mittel gesehen, die Bildung einer einheimischen ArbeiterInnenklasse zu verhindern. Versuche der linken Opposition in Kuwait, die Bedingungen zum Erhalt der Staats-Bürgerschaft zu lockern, wurde abgelehnt. Es verschärfte sich die Einschränkung der freien Arbeitsplatz- und Wohnortwahl. Viele MigrantInnen werden auch abgeschoben. 1980 waren es 18.000. Da fast alle gesellschaftliche Arbeit von MigrantInnen erledigt wurde, sank die Arbeitsmitivation, sprich Ausbeutbarkeit, der einheimischen Bevölkerung mehr als den Herrschenden lieb war. Saudi-Arabien z. B. versuchte mit Bildungs- und Schulungsprogrammen 600.000 Arbeitsplätze mit Einheimischen zu besetzen. Die Vorstellung von "Arbeitskräftemmangel" ist dennoch eine sehr relative in einer Gesellschaft, in der weitverbreiterter Analphabetismus und die Absonderung von Frauen viele potentielle Arbeitskräfte vom "Ar beitsmarkt" fernhalten. Bisher war die Arbeit im kapitalistischen Sinn jedenfalls bis tief in die Mittschichten nicht durchsetzbar, selbst als einige Regierungen versuchten, Frauen zur Lohnarbeit zu kriegen. In Kuwait stieg
Auch in einem Land mit 10 Mio. EinwohnerInnen wird ein großer Teil der Arbeit z. B. im Baugewerbe von Migranten verrichtet. Die verschiedenen Migrantengruppen sind nicht nur durch die feindselige Haltung der Bevölkerung, die Verweigerung sozialer und politischer Rechte und die separate Unterbringung isoliert, sie teilen sich je nach Nationalität, Geschlecht und Bildungsstand auch untereinander in MigrantInnen 1., 2. und 3. Klasse auf.

Die untersten bilden Teile der Ölarbeiter und die meist asiatischen weiblichen Hausangestellten, die auch am leichtesten von der einheimsichen Bevölkerung zu isolieren sind. Pakistanis, Inder, Palästinenser und Ägypter arbeiten aber auch im Verwaltungsapparat und im Mangement. In z. B. ägyptischen Zeitungen suchen die Firmen und Verwaltungen der Golfstaaten nach qualifiziertem Personal, und viele versuchen der Konkurrenz auf dem einheimischen Arbeitsmarkt zu entgehen, indem sie in die Golfstaaten übersiedeln. Im Gegensatz zu den Ölarbeitern, die nur für einige Jahre dort arbeiten "dürfen", bleiben sie eher dort und gründen Falmilien. Sa sie, wie die ArbeiterInnen auch, einen großen Teil ihres Gehalts nach Hause schicken, anstatt es dort zu verprassen, erlaubte man ihnen auch den dauerhaften Aufenthalt. Die oberste Schicht bildeten westliche Techniker, Ingenieure usw. Die Überweisungen eines großen Teils der Löhne spielen übrigens eine wichtige Rolle bei den Devisenhaushalten der Heimatländer der Arbeitenden. In Nord- und Südjemen machen die ausgewanderten Arbeiter 1/4 aller "arbeitsfähigen" Männer aus, und zu den Zahlungen, die der kuwaitische Emir an die Türkei für ihre Beteiligung erst am Wirtschaftsembargo und jetzt am Krieg gegen den Irak leistet, gehört auch eine Entschädigung f+r die Devisen,die die Überweisung der 60.000 türkischen ArbeiterInnen dem türkischen Staat einbrachten. Bis 1980 allein sind über 3 mio. AraberInnen in die reicheren arabischen Länder ausgewandert. Dazu kommen schätzungsweise noch 1,8 mio. aus anderen Ländern, hauptsächlich Süd- und Süd-Ostasien. Im Gegensatz zu der Einwanderung nach Europa (15 mio. Menschen) stellten die MigrantInnen oft die Mehrheit der Bevölkerung dar. Sie machen in 3 Staaten weit über die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus, in 5 anderen stellen sie 40 bis 75 % aller Beruftstätigen. Zum Vergleich: in Eurpa hat die Schweiz mit 1,4 % den größten MigrantInnenanteil). Infolge der Staatsgründung Israels wurden z. B. 1,5 mio. PalästinenserInnen ins Exil in andere arabische Staaten getrieben, wo sie einen großen Anteil der MigrantInnen überhaupt ausmachen. So leben in Kuwait über 300.000 PalästinenserInnen. Zwischen 1975 und 1979 stieg auch der Anteil der ArbeiterInnen aus Süd- und Südostasien von 15.000 auf 16.000. Sie wurden von den Ausbeutern bevorzugt, da sie als besser qualifiziert oder geringeres soziales Gefahren-Potential gelten. Dies ist deshalb für die Ausbeutenden wichtig, da die hochtechnisierte Erdölproduktion äußerst verwundbar für Angriffe dieses sich in der Regel aus den ärmsten Teilen des nahen Ostens, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zusammensetzenden Proletatiats ist. Und da Öl dirket oder indirekt bei der Produktion fals aller Waren eine Rolle spielt, ist die Unterdrückung dieser ArbeiterInnen nicht nur im Sinn der Ausbeuter vor Ort. Der Massenexodus der MigrantInnen aus dem Kriegsgebiet bedeutet neben Vertreibung, bitterster Armut, Krankheit und Hunger auch die Zerschlagung der Widerstandsstrukturen, die sich trotz massiver Prepression, Todesstrafe und Folter bilden konnten. So gab es eine Vielzahl von Berichten über Widerstandhandlungen von MigrantInnen in den Ölstaaten-Streiks von KoreanerInnen in Saudi-Arabien, Zusammenstöße zwischen InderInnen und ihren "Arbeitgern" in Oman. PalästinenserInnen spielten eine entscheidende Rolle bei den ersten Streiks auf den Erdölfeldern Saudi-Arabiens in den 50er Jahren und MigrantInnen aus dem Jemen waren an vielen Aktivitäten der ssaudischen Opposition beteiligt, sei es in der nationalistischen Untergrundbewegung in der 80er Jahren oder bei der Besetzung der Moschee in Mekka 1979. in den 60er Jahren gründeten MigrantInnen aus Oman im Golf eine Dhofar-Befreiungsfront, die ab 1965 einen Guerillakrieg gegen den von Briten gestützten Sultan begannen. Unklar ist, ob sie sich trotz der rassistischen Vorbehalte der einheimischen Arbeiter auch an deren Streiks beteiligten , wie sie z. B. von der Untergrundgewerkschaft in Bahrein, vor allem in Raffinerien und Aluminiumhütten organisiert wurden. Unklar ist auch, inweiweit die Transnationalen, am Islam orientierten Bewegungen mit Aussagen wie: Das Öl ist ein Geschenk Allahs, und es gehört allen Arabern" einen Zusammenschluß verschiedenster ArbeiterInnen und Angestellten hätten erreichen können.

ten in den Boden. Zuvor hatten sie versucht ein Transparent der türkischen DemonstrantInnen -

Landeseinwohneramt Berlin
Abteilung Ausländerangelegenheiten

BERLIN

Landeseinwohneramt Berlin ... D 1000 Berlin 65

Mit Postzustellungsurkunde

Herrn
[geschwärzt]

1000 Berlin [geschwärzt]

Sprechzeiten:
Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag
von 8.00 – 13.00 Uhr

Geschäftszeichen (bitte immer angeben): [geschwärzt]
Fernruf (030) 390550 Durchwahl/Apparat 3905 - [geschwärzt] Intern 074
Datum [geschwärzt] Februar 1991

Betrifft: Einschränkung der politischen Betätigung sowie sonstige Auflagen

Verfügung

Aufgrund des § 37 Abs. 2 Nr. 1 und 2 des Ausländergesetzes (AuslG) vom 09.07.1990 (BGBl. I S. 1354/GVBl. S. 1605) wird Ihnen hiermit die politische Betätigung untersagt. Dies ist - wie in Ihrem Fall-dann geboten, wenn die politische Betätigung

- die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet und sie
- Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer, religiöser oder sonstiger Belange öffentlich unterstützt, befürwortet oder hervorzurufen bezweckt.

Weiterhin wird gemäß § 12 Abs. 1 Satz 2 AuslG Ihre ~~befristet~~/unbefristet geltende Aufenthaltsgenehmigung räumlich auf das Land Berlin beschränkt. Dies bedeutet, daß Sie Berlin ohne behördliche Genehmigung nicht verlassen dürfen.

Gleichzeitig wird gemäß § 14 Abs. 2 Satz 1 AuslG folgende Auflage verfügt:

Sie haben sich ab sofort zweimal wöchentlich, und zwar an jedem Dienstag und Freitag unter Vorzeigen dieser Ordnungsverfügung beim Polizeiabschnitt 34 in Berlin 21, Invalidenstr. 57 zu melden.

Im öffentlichen Interesse wird hiermit die sofortige Vollziehung dieser Verfügung angeordnet.

- 2 -

Verkehrsverbindung: ... Zahlungen bitte bargeldlos nur an die Landeshauptkasse Berlin, 1000 Berlin 30 ... Kontonummer ... Geldinstitut ... Bankleitzahl

- 2 -

Begründung:

Die mit dieser Verfügung gegen Sie getroffenen Maßnahmen sind aus Sicherheitsgründen erforderlich.

Sie sind nach vorliegenden Erkenntnissen

Mitglied bzw. Sympathisant von palästinensischen Befreiungsorganisationen.

Der irakische Staatspräsident Saddam Hussein hat seine im Ausland lebenden Landsleute mehrfach aufgefordert, nach Ausbruch der militärischen Auseinandersetzung in der Golfregion Terroranschläge im Ausland zu verüben. Er hat weiterhin seine Entschlossenheit bekräftigt, im Falle einer militärischen Auseinandersetzung die am Krieg direkt oder indirekt beteiligten Staaten weltweit zusätzlich und unverzüglich durch Terrorkommandos angreifen zu lassen. Er hat in diesem Zusammenhang an die Solidarität aller Araber appelliert und auch andere Araber, die nicht die irakische Staatsangehörigkeit besitzen, aufgefordert, seinem Aufruf zu folgen.

Es ist somit nicht ausgeschlossen, daß Sie sich an solchen Anschlägen beteiligen werden. Daher sind die mit dieser Verfügung gegen Sie getroffenen Maßnahmen auch gerechtfertigt.

Rechtsbehelfsbelehrung siehe Anlage.

Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung war anzuordnen, weil die Wahrung der Belange der Bundesrepublik Deutschland und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Interesse liegen und es ihnen widersprechen würde, wenn es zugelassen würde, daß Sie dem Aufruf des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein ungehindert befolgen könnten.

Hinweis

Gemäß § 93 Abs. 3 Nr. 1 und 2 a AuslG handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Auflage nach § 14 Abs. 2 Satz 1 AuslG bzw. einer vollziehbaren Anordnung nach § 37 AuslG zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann im Falle der Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Auflage mit einer Geldbuße bis zu 1.000,-- DM, im Falle der Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 37 AuslG mit einer Geldbuße bis zu 5.000,-- DM geahndet werden.

Weiterhin machen wir Sie darauf aufmerksam, daß Sie gemäß § 46 Nr. 2 AuslG ausgewiesen werden können, wenn Sie einen nicht nur vereinzelten oder geringfügigen Verstoß gegen behördliche Entscheidungen oder Verfügungen begehen.

Im Auftrag
Benner

Beglaubigt
Landeseinwohneramt Berlin – Schreibdienst

Anlage
1 Rechtsbehelfsbelehrung

Gruppe"Devrimci Sol Gücler" zu beschlagnahmen. Zwei Kurden wurden festgenommen +++ 11.2., Paris,

Aufbauen, abbauen, aufbauen, abbauen . . .

Redebeitrag der autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe*

Dies ist ein Versuch, die ersten paar Tage seit Ausbruch des Golfkrieges hier in Frankfurt bzw. im Rhein-Main-Gebiet Revue passieren zu lassen und sich zu überlegen, was das für uns in den nächsten Wochen bedeuten könnte. Dazu müssen wir uns darüber klar werden, wie diese Anti-Kriegsbewegung angefangen hat, wie wir uns darin als radikales und militantes Spektrum wiederfinden und was wir jetzt zu tun haben, um nicht die Fehler der Friedensbewegung zu wiederholen.

Ich glaube, daß es nötig ist, eine radikale und militante Opposition gegen den Golfkrieg aufzubauen, die sich über eine längere Zeit halten kann. Denn entgegen der US-Propaganda ist der Krieg nicht in ein paar Tagen erledigt, und auch an eine Veränderung hier in der BRD kann nur langfristig gedacht werden.

Wir sind für eine breite Bewegung gegen den Krieg. Wenn wir den Krieg am Golf hier verhindern, das heißt vor allem politisch undurchsetzbar machen wollen, dann heißt das, Menschen zu erreichen, die bisher nie ihre Opposition gegen dieses System artikuliert haben. Menschen zu erreichen, die mit ganz anderen und oft unterschiedlichen Motiven und Erfahrungen jetzt auf die Straße gehen. Es geht also auch ganz einfach darum, mehr zu werden.

Die Notwendigkeit, unseren Widerstand gegen den Golfkrieg zu verbreitern heißt jedoch nicht, unterschiedliche Erfahrungen und politische Perspektiven zurückzustellen oder gar zu verschweigen. Es geht darum, diese Unterschiede klar herauszustellen — in der Friedensbewegung ist das unserer Meinung nach viel zu spät geschehen — eine Auseinandersetzung darüber zu ermöglichen und Gründe für unser Vorgehen weit über unser Spektrum hinaus nachvollziehbar zu machen. Wenn wir für ein entschiedenes, direktes Handeln eintreten, wenn wir diesen Frieden hier als Teil des Krieges dort im Golf begreifen, dann nicht aus unsättigbarer Lust am Krawall. Es gibt genügend Menschen unter uns, die ihre Erfahrungen bereits in der Anti-AKW-Bewegung, in der Häuserkampf-, in der Frauen-, Startbahn-, Antifkampf-, in der Frauen-, Startbahn-, Antifabewegung gemacht haben. Wir haben guten Grund, mit unserem Widerstand gegen den Golfkrieg nicht immer wieder am Punkt Null anzufangen, sondern die Erfahrungen, aus anderen Kämpfen mit einzubeziehen. Deshalb geht es uns nicht um diese oder jede Scheibe Glas. Es geht uns um einen eigenständigen Widerstand, der sich nicht zur Kulisse machtpolitischer Opportunität machen läßt. Ein Widerstand, der sich selbst erklärt und keine parteipolitischen Dolmetscher akzeptiert. In den ersten Tagen der Antikriegsbewegung gelang es Rot-Grün und einem Teil der Friedensbewegung jedoch wieder, die Bühne des Protests für ihre Zwecke zu benutzen!

Ein Widerstand, der nicht an die oppositionelle Vernunft appelliert, sondern an die eigene Entschlossenheit, den Krieg hier politisch undurchsetzbar zu machen.

In unserem gemeinsamen Widerstand gegen den Golfkrieg sind wir uns in einem Punkt einig: „Kein Blut fürs Öl". Dies ist der notwendige kleinste gemeinsame Nenner. Er umfaßt humanistische, demokratische, christliche, realsozialistische, pazifistische bis hin zu antiimperialistische Motive. Ein Bündnis also zwischen Oben und Unten, von Willi Brandt bis Katja Epstein, vom guten Bürger bis hin zum bösen Autonomen.

Im Krieg gegen den Golf stehen wir alle scheinbar noch zusammen, im Alltag stehen wir uns — nicht selten aus gutem Grund — gegenüber. Es geht uns um mehr als um den Krieg dort, es geht auch um den Frieden hier, um den Alltag, um die Normalität hier, die Bedingung sind für den Krieg dort. Denn machen wir uns nichts vor: Europa und das heißt eben auch dieser Frieden hier profitiert vom Krieg am Golf. Wir alle sitzen sicher und gefahrlos in der ersten Reihe. Und wir alle gehören aller Wahrscheinlichkeit nach zu den politischen Kriegsgewinnlern dieses Massenmordes.

Um das zu verstehen, müssen wir in der Diskussion, entgegen den Bestrebungen von Rot-Grün versuchen, die unterschiedlichen Rollen der USA und Europas in diesem Krieg herauszustellen.

Eine diesbezügliche Überlegung bzw. These ist, daß mit diesem Krieg das Ende der USA als militärische und ökonomische Weltmacht Nr. 1 besiegelt ist.

Wobei es historische Beispiele dafür gibt, daß sich das Ende einer Weltmacht nie lautlos ankündigt, sondern immer in einem Inferno endet. Wir meinen, daß es gute Gründe gibt, dieser These nachzugehen, z. B. im Zusammenhang mit der großen ökonomischen Krise, in der sich die USA befinden. Aber auch wenn dieser Krieg gegen den Irak militärisch gewonnen wird — und das ist sehr wahrscheinlich — so ist der US-Imperialismus im arabischen Raum politisch endgültig gestorben.

Auf der anderen Seite wird Europa gerade entgegen der Ideologie von Rot-Grün nicht nur zu einer militärischen Weltmacht aufsteigen, sondern vor allem die machtpolitische Rolle der USA übernehmen. Denn aufgrund dieses Friedenswillens, den es ja immer im Unterschied zu den USA inszeniert, wird Europa im arabischen Raum tatsächlich noch Anknüpfungspunkte finden, auch nach dem Krieg. Das machen sie ja mit dem Irak schon seit ungefähr 20 Jahren: Aufbauen, abbauen, noch einmal aufbauen usw.

Und die BRD ist immer dabei, beim Aufbau der Diktatur, beim Abbau der Diktatur und danach wieder beim Aufbau einer Diktatur. Diesmal zieht das Ende des Krieges jedoch das Aufkommen eines europäischen Imperialismus nach sich, der eine größere politische und militärische Bedeutung erlangen wird als der US-Imperialismus, eine These, die wir diskutieren bzw. in der Konsequenz zu Ende denken müssen. Wenn wir dieser These folgen, dann würde sich nicht nur die Bedeutung des BRD-Imperialismus verändern, auch das Projekt EG '92 stünde so in einem ganz anderen Licht. Denn das neue Europa hätte die Aufgabe, diesen Imperialismus nach innen abzusichern.

Wir lehnen es ab, der Dramaturgie europäischer Friedensbemühungen zu folgen. Dieser dreist inzenierten Lüge, die Amerikaner hätten Europa in den Kriegsautomatismus hineingetrieben und es ginge deshalb darum, wie Joschka Fischer von den Grünen zum Beispiel formulierte, den USA die Gefolgschaft aufzukündigen. Hier wiederholt sich die Legende vom friedlichen Europa, aus der Friedensbewegungszeit gut bekannt, das von den USA ungefragt zum Schlachtfeld eines atomaren Krieges gemacht werden sollte. Diesmal ist es nach Daniel Cohn-Bendit zum Beispiel ein „durchgeknallter Präsident", den wir, d. h. Europa natürlich, nicht mehr folgen dürfen. Eine billige rot-grüne Cover-Story, die aus einer mörderischen Kriegsallianz eine hintergangene Partnerschaft macht. Es gibt keinen Krieg nach dem Zweiten Weltkrieg, der so übereinstimmend von Europa und den USA gemeinsam vorbereitet und durchgeführt wurde und wird wie dieser Krieg der ersten Welt gegen den Rest der Welt. Es gibt keinen Krieg seit 1945, der so deutlich und offen zeigt, wie nahtlos die Herrschaftsinteressen Europas und der USA, der ersten Welt also, ineinander verschmelzen, wenn es darum geht, die Verhältnisse gerade in der arabischen Region nach ihren Interessen neu zuzurichten.

Wir sehen in diesem Krieg die Rückkehr des europäischen Kolonialismus und den Auftakt eines noch nie dagewesenen europäischen Imperialismus unter Führung der BRD. Es war der europäische Kolonialismus,

mehrere französische Fluglotsen haben die Abfertigung von US-Militärmaschinen verweigert, die

der die arabische Region wie auf dem Reißbrett in einzelne hörige Staaten verwandelte. Feudalherrschaften und Könighäuser, die ihre eigene Herrschaft gegen das ihnen zugewiesene Volk mit billigen Öl und billigen Rohstoffen erkauften. So sehr also die Königshäuser und Feudalcliquen in Saudi-Arabien, Kuwait und sonstwo Günstlinge des europäischen Kolonialismus waren und sind, so sehr war es auch das Regime Saddam Husseins für mehr als 25 Jahre. Dieses und alle anderen Regimes in dieser Region wußten, wem sie dankbar zu sein hatten. Nie dem Volk, immer den europäischen Imperialmächten.

Die Diktatur gegen das eigene Volk war noch nie in der Geschichte des europäischen Kolonialismus ein Grund zur Intervention. Europa und die USA leben vielmehr von diesen Diktaturen, haben sie selbst an die Macht gebracht und gegen das rebellierende Volk verteidigt, wenn es sein mußte. Die Diktatur, die Unterdrückung des eigenen Volkes war Europa und den USA nicht nur egal, es war und ist die Existenzgrundlage der meisten Regimes in der Zweiten und Dritten Welt, die Bedingung für Wirtschaft- und Militärhilfe. Im Krieg gegen das Regime Saddam Husseins geht es also keine Sekunde um die Befreiung des Volkes von der Diktatur. Der Krieg richtet sich gegen das Vergessen Saddam Husseins, wem er diese Diktatur verdankt.

Wenn die Grünen und die SPD heute so tun, als handele es sich im Krieg am Golf um einen Kampf gegen eine Diktatur und um die Befreiung Kuwaits, dann durchbrechen sie nicht die Logik dieses imperialen Krieges. Sie sind vielmehr die alten und neuen Ideologen eines deutschen, europäischen Imperialismus.

Ich möchte noch auf einen weiteren wichtigen Aspekt dieses Krieges hinweisen, auf die Art und Weise, wie er in den Medien vermittelt wird.

Es geht hier nämlich auch um eine neue Qualität der Visualisierung des Krieges, um eine neue Qualität imperialer Kriegsberichterstattung. Die USA und Europa haben in der Tat aus ihren vielen Kriegen, Interventionen und Putschbeteiligungen gelernt, vor allem aus Vietnam. Denn ein Krieg wird nicht nur an der Kriegsfront militärisch entschieden, er muß gerade nach den Erfahrungen in Vietnam auch politisch an der Heimatfront geführt und gewonnen werden. Denn der Krieg gegen das vietnamesische Volk, gegen die Befreiungsbewegung des Vietkongs ist nicht nur militärisch gescheitert. Dieser Völkermord war durch die Länge politisch weder in den USA noch in Europa selbst durchsetzbar. Die damalige Berichterstattung machte es zumindest zum Teil möglich, eine Vorstellung von den Opfern, der Brutalität und der Verwüstung zu bekommen. In den Details des Krieges, mit der Möglichkeit, die Gesichter der Toten und der Mörder zu sehen, wurde dieser Krieg greifbar und damit angreifbar.

Daß in diesem Golfkrieg eine weltweite Zensur in nie geahntem Ausmaß durchgesetzt wird, ist nur in der Dimension und in der scheinbar undurchdringbaren Ausschließlichkeit neu. Es geht aber auch um eine ganz neue Qualität von Zensur, die einen Völkermord organisiert, der keine Opfer, keine Toten, keine zerfetzten Körper, keine entstellten Gesichter mehr kennt. Es gibt deshalb bis heute kein einziges Bild im Fernsehen oder in der Zeitung, das diese 2000 Bombenangriffe täglich, das diese Vernichtung faßbar machen könnte. Alles, was wir weltweit zu sehen bekommen, sind Radarschirme, Bomber, Fadenkreuze, kleine pulsierende Punkte auf einem Radarschirm, die andeuten, wo die Bomben einschlagen werden. Flächenbombardements, die unbeschreibliche Vernichtungsmaschinerie der USA und der Alliierten werden in der Berichterstattung zu Computerspielen. Diese Synthetisierung des Verbrechens, die Elektronisierung des Massenmordes zielt darauf ab, jede Vorstellung von den Folgen dieses Krieges unmöglich zu machen. Es ist die mediale und imperialistische Inszenierung eines unblutigen Massenmordes. Der perverseste Versuch, dem weltweiten Ruf „Kein Blut für's Öl!" gerecht zu werden.

Es muß uns darum gehen, diese Kriegsberichterstattung nicht nur in Frankfurt, sondern weltweit zu stören und anzugreifen. Denn zu dem Krieg am Golf gehört eine sogenannte freie Berichterstattung gerade hier in Europa und in der BRD, die sich nahtlos in dieses weltweite Zensurdiktat einfügt. Es ist ein Hohn auf diese sich selbst demokratisch und frei nennenden Medien, wenn die Frankfurter Rundschau sich zum Beispiel seitenlang dem Golfkrieg widmet und dann in einem kleinen unscheinbaren Kasten ganz links außen andeutet, daß sämtliche Berichte der militärischen Zensur unterliegen, d.h. aller Erfahrung nach alles falsch und lanciert sein kann. Die sogenannte freie Presse ist heute nichts weiter als Botengänger amerikanischer und europäischer Kriegsführung und somit integraler Bestandteil der ideologischen Kriegsführung, die den Rücken frei hält für einen Krieg, der sich wider aller lancierten Meldungen wochenlang oder gar monatelang hinziehen wird.

Daß es keine entschiedenen Proteste dieser freien Presse hier gibt, aber auch keinen der SPD, der Grünen oder Gewerkschaften, verwundert nicht. Denn solange sie den Krieg dort nur bedauern und diesen Frieden nicht als eine Voraussetzung für den Krieg dort begreifen, wird sich daran nichts ändern. Wir sind dafür, unseren Widerstand in den nächsten Tagen und Wochen auf diese Art der Kriegsberichterstattung auszuweiten: Fernsehen und Zeitungen damit zu konfrontieren, daß es eine Heuchelei ist, die Opfer dieses Krieges zu beklagen und gleichzeitig Bestandteil dieser Kriegsführung zu sein. Heute, am Sonntag, soll in Mainz z.B. das ZDF blockiert bzw. wenn es geht, besetzt werden. Wir unterstützen diese Aktion und rufen dazu auf, sie in allen Städten zu wiederholen.

Bereits nach den ersten Tagen des Widerstandes gegen den Golfkrieg wird ein zentrales Problem offensichtlich. Wir sind alle noch d. h. auch das radikale, militante Spektrum in der Logik einer Antikriegsbewegung verfangen. Das macht den entscheidenden Unterschied zur Bewegung gegen den Vietnam-Krieg deutlich, denn sie war nicht nur eine pazifistische Antikriegsbewegung, sondern zugleich eine Solidaritätsbewegung für den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes, des Vietkongs. Es gab so etwas wie ein revolutionäres Subjekt, eine positive Bezugnahme auf diesen Krieg. Es war möglich, die eigenen Kämpfe gegen dieses System hier mit dem Kampf des Vietkongs weltweit in Beziehung zu setzen — wie gut oder wie schlecht das auch gelungen sein mag. Im Moment verharren wir ausschließlich in einer doppelten Negation. Wir verurteilen zum einen die Unterdrückung des irakischen Volkes durch das Regime Saddam Husseins, dessen mörderischen Krieg gegen das kurdische Volk und bekämpfen zum anderen den Krieg der USA und seiner Alliierten, der die imperiale Neuordnung der arabischen Region zur Folge haben soll. Wir wissen einerseits, daß das irakische Regime nicht den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes im Auge hat und uns ist andererseits klar, daß noch kein Krieg der USA oder Deutschlands den Menschenrechten oder gar den Selbstbestimmungsrechten irgendeines Volkes gewidmet war.

Mit unserem Widerstand gegen den BRD- und US-Imperialismus geraten wir so in die Gefahr, das irakische Regime zu rechtfertigen oder stillschweigend zu entschuldigen nach dem hilflosen Motto: „Alles was diesen Imperialisten schadet, nützt uns".

Sicherlich, die Unmöglichkeit, uns mit einer Seite dieses Krieges zu identifizieren, lähmt uns. Aber es ist auch eine Chance. Zu oft war und ist die Identifikation mit dem Befreiungskampf eines Volkes Ersatz statt Ausdruck unserer eigenen Kämpfe hier. In unserem Widerstand gegen den Golfkrieg können wir diesmal die Verhältnisse hier nicht überspringen — nur um den Preis einer humanistischen Anti-Kriegshaltung. Wir müssen uns mit unserem eigenen Kampf identifizieren, mit unseren eigenen Vorstellungen von Befreiung, Selbstbestimmung und Autonomie. In diesem Krieg führt kein Weg an unseren eigenen Verhältnissen, an diesem Frieden hier und an unserem Alltag vorbei. Wenn wir gegen diesen Krieg sind, müssen wir mit diesem Frieden hier, mit unseren gesicherten und sicheren Alltag brechen. Das baldige Ende dieser Antikriegsbewegung ist absehbar. Es liegt an uns, den engen Laufstall radikaler, militanter Politik zu durchbrechen, die Menschen zu erreichen und zu gewinnen, die nicht nur die schrecklichen Bilder eines Krieges im Kopf haben, sondern gerade auch die beschissenen Lebensverhältnisse hier.

Zum Schluß noch ein paar Worte, falls das vorangegangene zu abstrakt erscheint bzw. schwer nachvollziehbar. Die Konsequenz, die wir aus all dem gezogen haben, war der Versuch, überhaupt erst einmal aus dieser ersten Reihe, in der auch wir als radikale

auf dem Weg in den Irak Frankreich überflogen. Die Fluglotsen gehören der kommunistischen

Militante bis zum Countdown dieses Ultimatums saßen, raus zu kommen und anzufangen, die Strukturen zu schaffen, die eigentlich schon Monate vor dem Ausbruch dieses Krieges hätten bestehen müssen. Ich will das am Beispiel Frankfurt klarmachen. Das wichtigste war für uns, die unterschiedlichen Gruppen und Zusammenhänge überhaupt wieder zusammenzubringen, d. h. zu verhindern, daß wir alle ziellos auf der Straße oder auf irgendwelchen Demos rumstolpern und uns irgendwann einmal verlaufen bzw. an einander vorbeilaufen. Wir wollen also alle Gruppen in der Stadt, die ein radikales oder militantes Selbstverständnis haben, zusammenbringen und gemeinsam überlegen, inwieweit wir in der Lage sind, diesen Krieg zu thematisieren, was für uns heißt, die Normalität anzugreifen, die diesen Krieg überhaupt erst möglich macht. Für die nächsten Wochen geht es darum, konkrete Aktionen zu benennen, die für viele Leute, die nicht aus unserem Spektrum sind, nachvollziehbar sind, endlich also diese Ziellosigkeit zu beenden — Verkehrsblockaden haben nämlich irgendwann die Wirkung einer Schrotflinte. Wir wollen genaue Punkte benennen, die diesen Krieg hier greifbar bzw. hier auch angreifbar machen, um ihn aus der Abstraktion der Bilder im Fernsehen herauszuholen. Und so ist auch unser Vorschlage zu verstehen, in der nächsten Woche die Frankfurter Börse zu blockieren, die Millionen-und Milliarden-Gewinne mit diesem Krieg macht und damit die Gesinnung dieser ‚freien', ‚sozialen' Marktwirtschaft am besten zum Ausdruck bringt...

autonome L.U.P.U.S-Gruppe Rhein/Main

(Vorgetragen am 20. Januar im Rahmen des Abschlußplenums auf dem Kongreß „Hochschule und Gesellschaft" an der Frankfurter Universität.)

'Nachruf' auf Heinz Schenk

Hallo, Heinz Schenk!

Erstmal will ich sagen, daß ich mich echt freue, daß mein Text 'ne (hoffentlich konstruktive) Diskussion in Gang gesetzt hat; und daß sich möglichst viele Leute mal selbstkritisch mit ihren eigenen Formen von Widerstand und Aktionen auseinandersetzen, war da erstmal mein Hauptanliegen. Mittlerweile stehe ich meinem eigenen Text etwas kritischer gegenüber, angeregt durch Deine Kritik und die Sven Glückspilz'.

Mein ~~Der~~ Text war ja ziemlich ironisch/polemisch geschrieben, was auch aus einem Gefühl der eigenen Wut und Hilflosigkeit heraus geschehen ist. Das war nicht gut so, und es tut mir leid, wenn das als unsolidarisches Angeätze a la TAZ mißverstanden werden konnte.(Mit denen will ich nun echt nicht in einen Topf!). Du hast auch vollkommen recht, wenn Du schreibst, es wäre besser, mal allgemein über " Versäumnisse&strukturelle Schwächen der gesamten autonomen Linken nachzudenken ". Aber in meinem Text ging es zu einem großen Teil ja auch um die Siemens-Blockade, und das wäre doch auch schon ein Kritikpunkt an der gesamten autonomen Politik, daß sie viel zu oft nur punktuell agiert, in einer " Kontinuität ", die von riesigen Lücken durchbrochen ist (Siemens IWF--Siemens heute). Das meinte ich auch damit, daß jetzt eben <u>keine</u> Aktionstage stattfinden. Unsere Politik drückt sich viel zu oft im kurzen, heftigen Aufflammen von Widerstand, z.B. auf Aktionstagen, aus, leider nur zu oft als <u>Re-Aktion</u> denn als selbstbestimmte Aktion. Dadurch sind wir leider auch berechenbar. Aber das siehst Du ja auch selbst so, wenn Du die autonome Feuerwehr beschreibst, die erst eingreift, wenn's brennt!

Mir fällt dazu auch spontan ein, daß jetzt zu 'ner Demo am Breitscheidplatz am Tag des Einsatzes der Bundeswehr aufgerufen wird. Und dann? Die nächste Demo bei ABC-Waffen-Einsatz? Usw...? Sollen wir wirklich so lange warten? Was spricht dagegen, <u>jetzt schon</u> eine große, autonome Demo vorzubereiten und zu machen, in der dann auch unsere Inhalte besser 'rüber kommen. Und wer von den SchülerInnen, BürgerInnen usw. mitgehen möchte, kann das dann auch tun(Die vielen Leute am 17.1. sind wohl kaum wegen SPD/DGB erschienen, sondern eher spontan oder aufgrund der wochenlangen autonomen Mobilisierung (plakate...)).

Doch jetzt nochmal zum Thema Glasbruch: Wenn Du schreibst, daß " je nach Thema gezielter bzw, ungezielter eingeworfen werden darf ", so sehe ich darin keine politische Ausdrucksform mehr, abgesehen davon, daß man/frau seiner bzw. ihrer Wut & Trauer protesthaften Ausdruck verleiht und das System zur Glasscheibe wird, die leichter zerschlagen werden kann, als das eigentlich gemeinte System. Aber ist das nicht auch ein Zeichen von Hilflosigkeit? Denn abgesehen von einer florierenden Glasindustrie tut sich dabei nicht viel. Was nicht heißen soll, daß es <u>generell</u> falsch ist, Scheiben einzuwerfen, denn ich finde es auch wichtig, unseren Gefühlen Ausdruck zu verleihen (In diesem Zusammenhang finde ich die Deutsche Bank tatsächlich schlimmer als 'nen Foto-Laden, auch wenn beide Nutznießer ein- und desselben Systems sind!). Aber

wir müssen uns im klaren darüber sein, daß es eben (leider!) nicht mehr ist, als klirrender Protest, und die Herrschenden sind froh, wenn es dabei bleibt. Gerade deshalb müssen wir versuchen, unsere Isolation zu durchbrechen und eine breitere Basis gegen den imperialistischen Krieg zu schaffen, natürlich, ohne dabei auf unsere Inhalte zu verzichten, und darum kann Glasbruch auch falsch sein, wenn's eh' nur 'ne Menge Leute abschreckt. (Ich bin da selbst etwas unsicher, Ob's andersrum 'ne breitere Basis gäbe, aber wir sollten doch echt versuchen, endlich mehr zu werden (mit Inhalt!), sonst dümpeln wir noch Ewigkeiten dahin, ohne etwas zu bewirken). Ich gebe auch gerne zu, daß ich selbst etwas hilflos bin in der Frage, welche Aktionsformen jetzt angebracht wären. Darüber zu diskutieren, wäre sicherlich wichtig.
Zum Punkt 5) Kriegsangst: Diesen Punkt fand ich besonders interessant, und erhat mir 'n paar neue Gedanken gebracht (RZ sei Dank). Es mag sein, daß Du Recht hast, wenn Du dieses von den Herrschenden gewollte Angstmoment auch bei mir entdeckst. Trotzdem habe ich immer noch Angst, und die bezieht sich weniger auf die Folgen des Krieges hier als auf die Menschen, die direkt von diesem Krieg betroffen sind. Selbst die ökologischen Folgen betreffen in aller Härte die Menschen im Nahen Osten, und nicht uns. Aber wie gesagt, Angst und Betroffenheit können auch auslösende Momente sein.
(Das RZ-Papier kannte ich leider noch nicht. Auch zur Haig-Demo kann ich nix sagen, weil ich mich zu der Zeit noch mehr für Lego-Steine interessiert habe)
Leider unterstellst Du Sven Glückspilz und mir, wir würden " von außen Erwartungen an aktionsfähige Gruppen richten " und " Planung und Durchführung solcher Aktionen nicht auch als ' unsere ' Aufgaben betrachten ". Damit tust Du genau wieder das, was Du auch an uns kritisierst, nämlich " nicht vorhandene Motive unterschieben ".
Mir jedenfalls geht's so, daß ich jetzt erstmal nach Hause fahre und schaue, was ich dort mit meinen 'alten' Zusammenhängen machen kann, denn ich habe keine Lust mehr, noch 1 1/2 Jahre oder länger nach " handlungsfähigen Gruppen " hier zu suchen. Deinen Schlußsatz mach' ich mir zu eigen:

Laßt uns mehr miteinander reden !

Liebe Grüße,
Stöpsel



Italien im Krieg

Interview mit einer Genossin der Autonomia aus Padua

Was für eine Intervention habt ihr nach dem Ausbruch des Krieges gemacht?
Auch in Italien gab es unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges eine große Mobilisierung des ganzen Spektrums, das immer zu diesen Themen arbeitet, von den PazifistInnen bis zur Autonomia. Am Anfang war die Massenhaftigkeit der Mobilisierung der wichtigste Aspekt. Alle waren gegen den Krieg, und die ersten, die was gemacht haben, waren die SchülerInnen und StudentInnen, auch in den kleinsten Städten, wo es Demos mit 5 oder 10 000 Leuten gab. Die ArbeiterInnen zwangen gleichsam am 17.1., also am Tag des Kriegsausbruchs, die Gewerkschaft, einen zweistündigen Streik auszurufen. Sie wollten auch einen Generalstreik gegen den Krieg machen. Die Gewerkschaften (CGIL, CISL, UIL) verhielten sich in Bezug auf den Krieg jedoch sehr zweideutig. Sie erklärten, daß ein Generalstreik nicht ausgerufen würde und daß andere kurze Aktionen organisiert würden, wie Mahnwachen und dgl. Diese Position, die mit der der Parteien völlig übereinstimmt, machte die Möglichkeit der Organisierung eines Generalstreiks zunichte. Die GenossInnen der Autonomia in ganz Italien versuchten und versuchen in allen gesellschaftlichen Bereichen den Generalstreik mit folgender Stoßrichtung durchzusetzen:

1. bedingungsloser Rückzug aller internationalen Truppen aus dem Golf, einschließlich natürlich der italienischen
2. gegen die Rolle des US-Imperialismus in diesem Krieg, für den Abzug der NATO-Stützpunkte aus Italien
3. Sabotage gegen den Krieg, Disertion

Das steht in Gegensatz zu den Gewerkschaften, die einen allgemeinen "Waffenstillstand", den Rückzug von "Saddam" aus Kuwait und eine Friedenskonferenz fordern.
Die Frage ist offensichtlich schwierig, weil alle, zuallererst die Gewerkschaften, gegen den Generalstreik sind. Für einen Generalstreik setzen sich ein: die selbstorganisierten ArbeiterInnenversammlungen in den Betrieben, die COBAS (autonome "Basiskomitees", d.h. Gewerkschaften) an den Schulen und in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Anfangs wurde vorgeschlagen, den Generalstreik am 15.2. zu machen, was dann auf den 22.2. verschoben wurde, da es in der Zwischenzeit einige schmutzige Manöver von gewerkschaftsnahen Leuten gab, um alles auffliegen zu lassen. Es ist klar, daß es sich nicht um einen Streik der Mehrheit handeln wird, aber was uns z.Z. interessiert, ist, diesen Termin des Generalstreiks in die politische Diskussion zu werfen, eben als Bruch der Normalisierung des Kriegszustands. Unter diesem Gesichtspunkt wird der Generalstreik in Italien ein sehr wichtiges Datum sein.

Kannst du etwas zur Militarisierung der Gesellschaft in Italien sagen, der Flughäfen, Fabriken usw.?
In Italien ist heute die Post und die Eisenbahn vollständig militarisiert. Das Neuste ist in Mailand passiert. Die italienische Regierung hat eine Forderung der USA nach einem Luftwaffenstützpunkt erfüllt, wo die US-Flugzeuge landen und aufgetankt werden können. Die Regierung hat sich innerhalb eines Tages für den Flughafen Malpensa bei Mailand entschieden. Stell dir mal diese Militarisierung vor! Die GenossInnen haben vor, am 16.2. eine Demo gegen die Militarisierung dieses Flughafens zu organisieren.
Die Rüstungsfabriken sind offensichtlich alle militarisiert. In der petrochemischen Fabrik Montedison in Maghera (bei Venedig) sind die italienischen "Marines" ("lagunari") stationiert, angeblich um Sabotage zu verhindern.

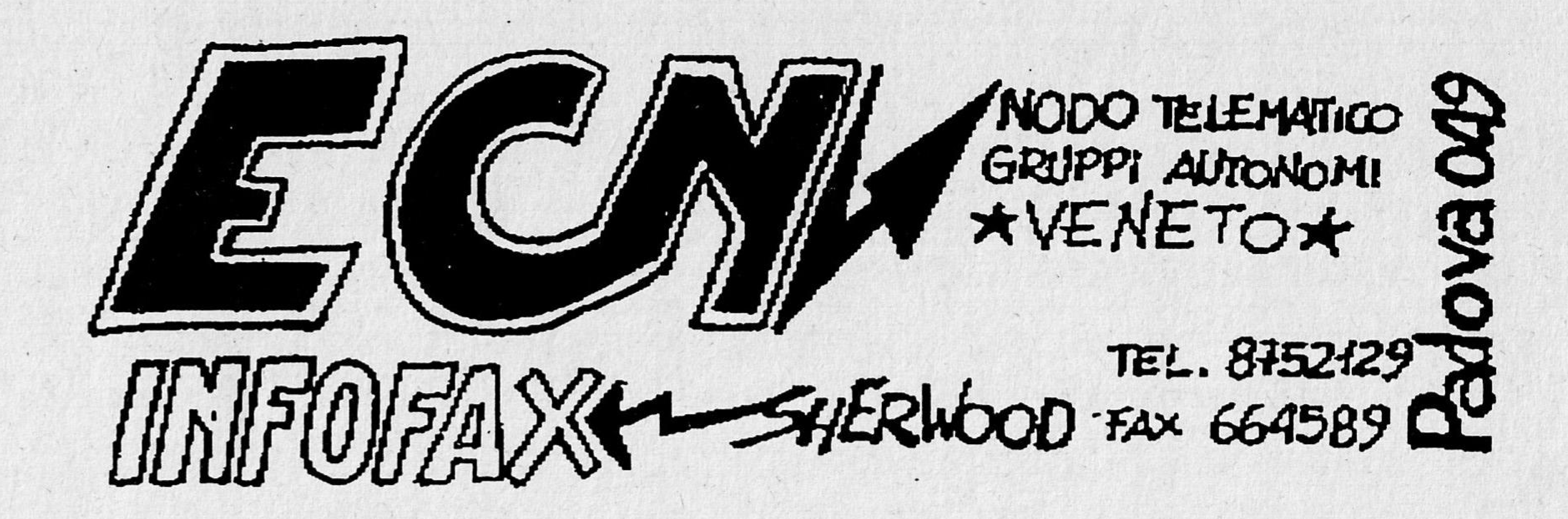
Gab es Sabotageaktionen?
Ja, es gab verschiedene Aktionen. Die letzte Meldung ist, daß ein Strommast , der zu Montedison Elektrizität transportiert, gesprengt wurde. Im Allgemeinen richten sich die Aktionen gegen die Länder, die an diesem Krieg ein großes Interesse haben.
Noch mal was zur Militarisierung, die sich auch gegen die arabischen ImmigrantInnen in Italien richtet. Das Schlimmste war die Räumung der "Pantanella" (einer von ca. 2000 ImmigrantInnen besetzten ehemaligen Teigwarenfabrik in Rom) kurz nach dem Ausbruch des Krieges.

Was für eine Propaganda macht der Staat gegen die AraberInnen? Sagen sie, sie seien alle "Terroristen"?
Es stimmt, daß so eine Aktion wie die Räumung auch ohne den Krieg hätte stattfinden können. Andererseits stimmt es, daß sie sich jetzt mit dem Vorwand "legitimieren", in diese Orte könnten sich "arabische Terroristen" einschleichen. Sie haben also den richtigen Zeitpunkt ausgenutzt, um die Pantanella zu räumen. Davor haben ca. 1000 Bullen dort eine Razzia gemacht, haben die ImmigrantInnen zum Bullenrevier gebracht, ED-behandelt und unmenschlich traktiert, immer unter dem Vorwand "arabischer Terrorismus". Ein paar Tage später haben einige ImmigrantInnen zusammen mit GenossInnen ein Gebäude im Stadtteil San Lorenzo besetzt. Zur Zeit sind sie noch drin.

Wie sieht die Medienpropaganda aus?
Ich glaube, ein bischen wie überall. Zwei oder drei Tage nach Kriegsausbruch wandte sich der Premierminister Andreotti an den Präsidenten des staatlichen Fernsehens RAI. Ungefähr zehn Tage waren dann die Programme vereinheitlicht. [In Italien gibt es drei staatliche Fernsehprogramme, die jeweils den Christdemokraten, den Sozialisten und der PDS (Ex-KPI) zugeteilt sind.] Alle Informationen werden gefiltert, zensiert und verabreicht über einen einzigen Kanal: also eine sehr starke Informationskontrolle. Ich denke, das hat eine fundamentale Rolle bei der Orientierung der Leute gespielt, da es eine unglaubliche "anti Saddam / pro Militäreinsatz"-Bombardierung gab. Unserer Meinung nach ist es deshalb äußerst wichtig, in ganz Italien so viel wie möglich die Medien der Gegeninformation zu nutzen. Wir arbeiten also nicht nur mit den autonomen Radios, sondern jetzt auch über das "European Counter Network" mit FAX. Das ist nicht nur eine "Beschleunigung" des Informationsaustauschs, sondern auch eine größtmögliche Erweiterung der Kontakte. Wir haben deshalb das "INFOFAX" geschaffen, das zwei Mal in der Woche rauskommt, und das wir so engmaschig wie möglich verteilen wollen.

Was für eine Medienpropaganda gab es gegen die Anti-Kriegsbewegung?
Wie immer wollten sie die Demos und Aktionen isolieren oder als isolierte Episoden abtun ... Im Allgemeinen war das Verhalten der Institutionen gegenüber der Anti-Kriegsbewegung, ihr möglichst wenig Platz einzuräumen, z.B. im Fernsehen.
Das Wichtigste an der ganzen Geschichte ist meiner Meinung nach die Position der Gewerkschaften, ihr hartes Nein zu den Forderungen von ArbeiterInnen nach einem Generalstreik. Und aufgrund dieser Haltung kommt es heute vor, daß einige Fabrikbesitzer den ArbeiterInnen, die am Tag nach Kriegsausbruch spontan ohne Absegnung der Gewerkschaften streikten, mit Entlassungen oder verschiedenen Maßnahmen drohen. Das kann auch beim Generalstreik am 22. Februar passieren. Wir versuchen z.Z., eine Verteidigung der ArbeiterInnen, Anwälte etc. zu organisieren.

der Anteil der Schwarzen in der US-Armee mehr als verdoppelt, ergab eine vom Kongreß veröffent



INFOFAX ist eine Initiative von Radio Sherwood und des ECN (European Counter Network, ein Telekommunikationsnetz zwischen antagonistischen Gruppen in Europa). Eines der wichtigsten Terrains, auf dem heute der Krieg stattfindet, ist die Information. Wir haben uns entschieden, ein Informationsinstrument ins Leben zu rufen, das auf einfache Art und Weise den Aktionen und Diskussionen in Italien und der ganzen Welt gegen den Krieg Raum gibt. Von Fax über Telefon und Computer bis zu Flugblättern, um ein antagonistisches Informationsnetz gegen die Information des Regimes zu schaffen. **INFOFAX** wird über Telekommunikationsmittel nach ganz Italien und Europa geschickt und an allen Orten der Bewegung verteilt. Zur Mitarbeit genügen: schickt uns vor Montag oder vor Donnerstag Infos und Nachrichten.

Desertieren wir aus dem Krieg durch das Kommunikationsnetz des Antagonismus!

Turin, 2.2.: eine von IranerInnen und KurdInnen organisierte Demo. *"Dieser Krieg ist nicht gegen Saddam, sondern gegen die Völker in der Region: z.B. wurde Kurkuk, wo ich herkomme, buchstäblich zerstört. Ich erinnere mich, wie in den ersten Jahren meines Aufenthalts in Italien die Agenten des irakischen Regimes bis in die Uni-Mensa kamen, um uns zusammenzuschlagen und uns einzuschüchtern. Sie kehrten dann in den Irak zurück, geschützt von Diplomatenpässen, die die italienische Regierung ausgegeben hatte."*

Camp Derby/Toscana, 2.2: Demo mit 5000 Leuten vor dem logistischen Stützpunkt der achten US-Support Group in Europa, der in die Schlagzeilen kam, nicht nur weil sie der logistische Stützpunkt für die US-Kriegsschiffe aus Livorno ist, sondern auch Ausbildungslager für italienische "Gladiatoren".

Mailand, 3.2.: Molotowcocktail auf das Gebäude der faschistischen *"Arditi d'Italia"* ("Die Mutigen Italiens"), die in den Tagen zuvor zur Unterstützung und Solidarität mit den Soldaten am Golf aufgerufen hatten.

Neapel, 6.2.: eine von SchülerInnen und StudentInnen organisierte Demo mit mehr als 2000 Leuten zum US-Konsulat.
Zur gleichen Zeit besetzt die Arbeitsloseninitiative ein Gebäude im Besitz der Regionalregierung. Die Bullen nehmen brutal 50 der BesetzerInnen fest und bringen sie aufs Revier. Dank der massenhaften Mobilisierung der StudentInnen kommen alle ohne Anklage wieder frei.

Mailand, 8.2.: ein von Centri Sociali StudentInnen und ArbeiterInnen organisiertes Sit-in vor der RAI, dem staatlichen Fernsehen. Die Bullen prügeln brutal in die Kundgebung hinein, es gibt einige Verletzte.

Vicenza, 11.2.: Der Genosse Alberto Galeotto wurde zu zehn Monaten Knast wegen "Aufruf zur Disertion" verurteilt. Auf den ersten Demos gegen den Krieg in Vicenza wurden mehrmals Flugblätter verteilt, die den vom Gericht kriminalisierten Satz enthielten: *"Recht auf Widerstand gegen die Beteiligung am Krieg, massenhafter Kampf, Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, keine Kolaboration, Disertion der zur Front Einberufenen, Sabotage"* Es ist sicher kein Zufall, daß eine so harte Strafe ausgerechnet vom Gericht in Vicenza verhängt wurde, einer Stadt mit einer der größten US-amerikanischen NATO-Stützpunkte in Italien. Ihre Message ist klar: jede Form von Dissens wird um jeden Preis kriminalisiert.

Veneto, 11.2.: aus der Lokalzeitung: *"Sechs Anschläge in einer Stunde in Padua und Venedig.* *Ziele waren zwei MOBIL-Tankstellen, die mit der Kuwaitischen Ölgesellschaft "Q8" zusammenhängen, zwei IBM-Filialen in Padua, ein FORD-Händler in Mestre und der Sitz der Christdemokratischen Partei in Venedig. In der Anschlagserklärung heißt es, daß auch ein Trafohäuschen, das die NATO-Radarstation in Padua versorge, das Ziel eines Anschlags hätte sein sollen. General Testa dementierte das entschieden.*

Tavernelle/Bologna, 13.2.: 100 Leute blockieren 40 Minuten den Zug mit US-Kriegsgerät.
14.2.: der erneute Blockadeversuch einiger Hundert Leute scheitert an der Bullenübermacht.

Livorno: Die Hafenarbeiter wollen aus Protest gegen die militärische Nutzung des Hafens - der Kriegszug soll in Livorno ankommen - am Anfang und am Ende der Schicht jeweils eine Stunde streiken.

FÜR EIN ANTI-KRIEGS-ZENTRUM --- JETZT SOFORT !!!

Am Montag, den 11.2.91 besetzte eine Gruppe für kurze Zeit das "Kaufhaus Kato" am Schlesischen Tor, um daraus ein Anti-Kriegs-Zentrum zu machen. Das ehemalige Kaufhaus gehört der BVG. Hauptmieter ist S.T.E.R.N. (Gesellschaft zur behutsamen Stadterneuerung), Untermieter ist der Verein Stadttor e.V. mit Volker Härtig als Geschäftsführer.
Das Kato steht die meiste Zeit leer.

Es gibt weltweite Proteste und Aktionen gegen diesen Krieg !
Die Besetzung fällt in eine Zeit, in der der Krieg und damit das Morden von tausenden von Menschen zunehmend zur Gewohnheit wird und sich immer mehr Menschen die Frage stellen, wo sie sich informieren und aktiv gegen den Krieg engagieren können.
Das Anti-Kriegs-Zentrum soll ein offener Treffpunkt für alle Frauen und Männer sein,
- damit keine/r mehr alleine der Dimension dieses Krieges ausgesetzt ist
- damit der Hetze gegen die Kriegsgegner/innen gemeinsam entgegen getreten werden kann
- damit die zu Wort kommen, die in diesem Krieg bisher keine Stimme haben

Das "Kaufhaus Kato" im U-Bahnhof Schlesisches Tor ist dafür der ideale Ort, weil er einfach mitten im Kiez ist und so gut wie auf der Straße, weil viele dort mehrmals am Tag vorbeilaufen. So erreichen Einladungen zu Info-Cafe und Veranstaltungen auch Frauen und Männer, die nicht in Gruppen organisiert sind und auch nicht so leicht mal auf eine Veranstaltung in der TU oder im Mehringhof gehen.
Die Besetzer/innen waren bereit, SOFORT und unbürokratisch über die Nutzung der Räume als *Anti-Kriegs-Zentrum* zu verhandeln, *damit* hat sich Volker Härtig jedoch nicht auseinandergesetzt, sondern am späten Abend die Bullen geholt. Daraufhin sind die Besetzer/innen gegangen, fordern aber weiterhin von S.T.E.R.N. die ***SOFORTIGE FREIGABE DES "KAUFHAUS KATO" FÜR EIN ANTI-KRIEGS-ZENTRUM !***

Autonome AntimilitaristInnen

c/o Album, Oldenburger Str. 13, 2870 Delmenhorst, den 15.2.91

DER NORDEN MACHT DICHT !!!

Aus Gesprächen am Rande zahlreicher Aktionen gegen den Krieg am Golf wissen wir, daß momentan in vielen Städten überlegt wird, wie mensch konkret in die Nachschubwege der Amis und Briten über die norddeutschen Häfen eingreifen kann.

Meist wird sich dabei an die sogenannten "Bombenzugblockaden" vom Anfang der 80er Jahre erinnert.

Wir wollen jetzt einen ersten Schritt tun, um diese momentan noch etwas diffusen Ideen zu verwirklichen. Deshalb laden wir euch alle zu einem Vorbereitungstreffen am 2. März nach Delmenhorst ein.

Bisher schwebt uns grob skizziert folgendes Konzept vor:

An einem noch festzulegenden Zeitpunkt, je nach eigener Stärke zwischen Aktionstag und Aktionswoche, in den nächsten Wochen werden sämtliche Schienenwege, die zu den norddeutschen Häfen führen blockiert. Der Norden macht dicht. Da die "Bombenzüge" momentan zu jeder Tag- und Nachtzeit fahren, ist ein konkretes Eingreifen in ihren reibungslosen Ablauf gewährleistet.

Wir können uns dieses Konzept aber nur vorstellen, wenn sich möglichst viele Menschen aus verschiedenen Städten daran beteiligen. Dabei sollten einzelne Städte oder feste Gruppen "Patenschaften" für bestimmte Gleisabschnitte übernehmen, um diese dann zu blockieren.

Wir hoffen, daß dieser Aufruf, trotzdem er aus der Provinz kommt, auf breite Resonanz treffen wird.

Das Vorbereitungstreffen soll am **2. März 1991 ab 14 Uhr im "Album", Oldenburger Str. 13 in Delmenhorst** stattfinden. Da es viel zu besprechen gibt, sollten sich alle genügend Zeit mitbringen. Schlafplätze können gegebenenfalls organisiert werden.

- Bitte kopiert diesen Aufruf und gebt ihn an andere euch bekannte Gruppen etc. weiter.

Für weitere Fragen schreibt an die obige Adresse oder ruft beim Infotelefon (04221/17815) an, wir melden uns dann wieder bei euch.

Bis bald!

lichte Studie. Bei den Bodentruppen am Golf liegt der Anteil von Schwarzen bei knapp 30 %. Und

WAR AGAINST WAR!

- As a part of an international resistance and actionday, against USA and NATOs Gulf-war, we tonight, the 15/2-91, firebombed a Danish branch of the French CITROËN concern (Backersvej 17 Copenhagen).
  Our attack, is to be seen in connection with the military engagement of France in the Gulfwar.
  The CITROËN industries is an important part of the French military-industrial weapon production, which is currently being used in the war against Iraq.
- The UN hungercampaign and the USA/NATO terrorbombings against the Iraqi population, makes it necessary to build a comprehensive and many-sided resistance against the war, right here in their own backyard :
  Anyone who makes profit on and/or is participating in this barbarian war, should be attacked by waropponents, in one way or another!

- USA AND NATO OUT OF THE GULF!
- NO TO AN INTERNATIONAL EEC - USA - AND ISRAELIAN LOBBY DOMINATED MID-EAST CONFERENCE. SUCH A CONFERENCE IS NOTHING MORE THAN THE EEC "ALTERNATIVE" TO MILITARYPOLITICAL COURCE OF THE USA!

THE REAL ALTERNATIVE IS :

- UNCONDITIONAL SUPPORT TO THE KURDISH AND PALESTINIAN PEOPLES STRUGGLE FOR INDEPENDENCE!
- SUPPORT FOR ANY INITIATIVE TOWARDS REVOLT, COMING FROM THE ARABIAN, IRANIAN AND TURKISH PEOPLE! AIMED AGAINST THEIR DICTATORIAL REGIMES!
- A GREETING OF SOLIDARITY TO THE IMPRISONED FRENCH COMRADES OF ACTION DIRECTE, WHO SINCE THE 2/1-91 HAVE BEEN IN HUNGERSTRIKE, FIGHTING FOR THE ABOLISHMENT OF ISOLATIONTORTURE, AND FOR UNIFICATION IN PRISON-COLLECTIVES!

RESISTANCE! NO QUIET IMPERIALIST BACKYARD!

" A COUNTRY, WHICH OPRESSES ANOTHER, CAN NOT BE FREE IT SELF ".

(Rosa Luxembourg)

THE GROUP WAR AGAINST WAR!

DIENSTAG, 29. JANUAR 1991

TAGESSPIEGEL

Wir appellieren!

Mit großer Sorge verfolgen auch wir seit August v. J. die Entwicklung in der Golf-Region.

Der gewaltsame Bruch des Völkerrechts bedroht die gesamte Welt. Jetzt kämpfen die Amerikaner und ihre Verbündeten auch für uns – und dafür, daß es in Zukunft nicht noch größeres Unheil gibt und noch mehr Menschenverluste zu beklagen sind.

Wir tragen deshalb mit Verantwortung und schulden den Amerikanern auch moralische Unterstützung.

Nur wenn Freiheit und Sicherheit gewährleistet sind, kann es dauerhaft

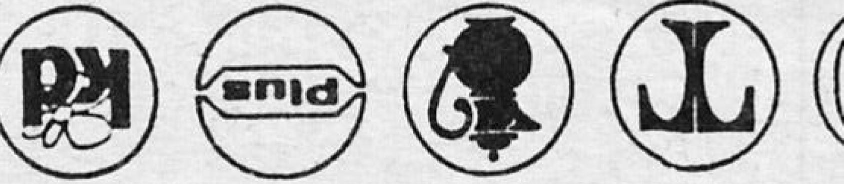
FRIEDEN

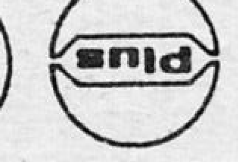
geben. Das lehrt uns die Geschichte.

Zusammen mit anderen demokratischen Staaten sind wir Partner der USA. Wir konnten uns stets auf die Bündnistreue der Amerikaner verlassen und verdanken in erster Linie ihrer Standhaftigkeit und ihrem Rückhalt die glückliche Wiedervereinigung der Deutschen. Die Amerikaner werden auch in Zukunft der Garant für Freiheit und Sicherheit in Europa sein.

Denken wir daran, wenn uns in diesen Tagen die Nachrichten aus der Golf-Region – und aus der Sowjetunion – tiefe Sorge und große Angst bereiten!

Die Unternehmensgruppe TENGELMANN

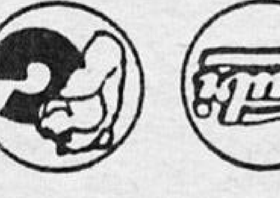















Wir haben Der Unternehmensgruppe TENGELMANN DIE FILIALEN Mit großer Sorg FALT



ENTGLAST UND "appellieren"....

noch ein paar Zahlen: Laut Umfragen befürworten rund 80 % der weißen US-AmerikanerInnen eine mili

Die neue Weltfriedensordnung bedeutet Krieg!

Wir bekämpfen diesen Frieden bis zum Sieg!

Seit mehreren Wochen wütet der offene Krieg am Golf. Jeden Tag sterben hunderte/tausende von Menschen. Die USA und ihre Verbündeten verkünden die "neue Friedensordnung", die durch diesen Krieg einkehren soll. Ihrer Friedensordnung ist die Unterwerfung der Menschen unter das, was sie "Frieden und Demokratie" nennen.
Das gilt für die Völker der sogenannten Dritten Welt, für die Völker im Osten, im Nahen Osten und ebenso für die Menschen, die im Innern dieser mächtigen Staaten leben.
Für das, was die BRD mit neuer Friedensordnung meint, und wie sie im Inneren durchgesetzt werden soll, daran arbeitet unter anderm das Institut für Strafrecht an der Universität Göttingen.

Wir haben am 9.2.91 dieses Institut angegriffen.
Hier -werden Gesetze zum Einsatz von Under-Cover-Agents, politischer Lockspitzel erarbeitet (Forschungsbereich Burghardt)
-weitere geheime Forschungen gemacht, die BKA Verschlußsache sind.
-arbeiten Ministerialdirigenten, sowie Staatssekretäre und hohe Richter und betreiben ihre "Forschungen"
-wird die Kontinuität des Faschismus an der Person von Schaffstein hochgehalten. Er wird für seine Forschung gewürdigt. Er allein hat die HJ-Gesetze (Hitler-Jugend) sowie das heutige Jugendstrafrecht der Brd ausgearbeitet. (bruchlos)
- werden Modelle entwickelt, "runder Tisch" genannt, an dem die Angeklagten mit Richter und Staatsanwalt gemeinsam über ihre Strafe entscheiden sollen. Sie sollen ihren Knast als angemessen und gerecht akzeptieren (Gehirnwäsche)

Diese hier entwickelten Gesetze sollen als neue Polizeigesetze demnächst vom Bundestag verabschiedet werden. Konkret wird zum Beispiel Folgendes juristisch abgesichert:
Ein Bullenspitzel betritt als Handwerker getarnt Wohnungen von "Verdächtigen" oder deren Freund/inn/en und schnüffelt darin herum. Die gemachten Beobachtungen kann er danach z.B. vor Gericht als Zeuge den Leuten zur Last legen. Er behält seine Pseudoidentität als Handwerker vor Gericht bei.

Diese neue Qualität, die Menschen hier auszuschnüffeln, ist ein Teil in dem Faschisierungsprozeß, der jegliche grundsätzliche Opposition hier und in Westeuropa vernichten soll.
Das ist ein Teil ihrer neuen Friedensordnung.

Schon heute ist der "demokratische Rechtsstaat" ein Synonym für die umfassende Kontrolle und Manipulation der Menschen. (jetzt ganz offen, die zensierte Kriegsberichterstattung)
Alle dagewesenen und existierenden Ansätze eines anderen, nicht von ihnen diktierten, Lebens wollen sie auslöschen. Sie wollen uns die Erinnerung und die Hoffnung nehmen. Dazu gehört der Abgesang auf den Sozialismus genauso wie die Räumungen und Räumungsversuche der Zentren und besetzten Häuser.

1989 während des Hungerstreiks der kämpfenden Gefangenen wurde die juristische Fakultät von einigen Leuten angegriffen, um die Forderung nach Zusammenlegung und die Aufhebung der Isolation durchzusetzen. Diese Ziele haben wir nicht erreicht.
Trotz tausendfachem Sterbens am Golf finden wir es wichtig, die Forderung nach Zusammenlegung nicht zu vergessen. Die Gefangenen

tärische "Lösung" am Golf, der Anteil bei Schwarzen liegt unter 50 % (Wieviel drunter stand nicht

sind deshalb gefangen, weil sie für eine gerechtere Welt ohneKriege, Vernichtung und Hunger gekämpft haben und kämpfen. Und deshalb ist ihr Kampf nicht von unserem zu trennen.
Dieses gilt genauso für die Gefangenen in Spanien, die seit über einem Jahr im Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung sind, sowie für die Gefangenen aus Action Directe in Frankreich, die seit dem 2.Januar im Hungerstreik für die gleichen Ziele sind.

Die Frage, die jetzt viele haben: Wie können wir den Krieg beenden, wie den Faschisierungsprozeß stoppen?
Diese Aktion war für uns eine Möglichkeit, ein Schritt.
Es ist jetzt wichtig, daß alle, die diese Walze aufhalten wollen, mit denen, die ihnen nahe sind, darüber reden, was sie machen können. Deshalb
diskutiert, desertiert, boykottiert, sabotiert
überall, wo ihr Möglichkeiten seht.
Nur so kann es weitergehen und etwas Neues untereinander entstehen. Das Vertrauen zueinander ist ganz wichtig und das wir zusammen halten. Es hat gerade erst angefangen!
ABZUG ALLER FREMDER TRUPPEN! FREILASSUNG ALLER HAFTUNFÄHIGEN GEFANGENEN!
SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER KAMPFHANDLUNGEN AM GOLF! HAFENSTRAßE BLEIBT!
ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN WESTEUROPA!

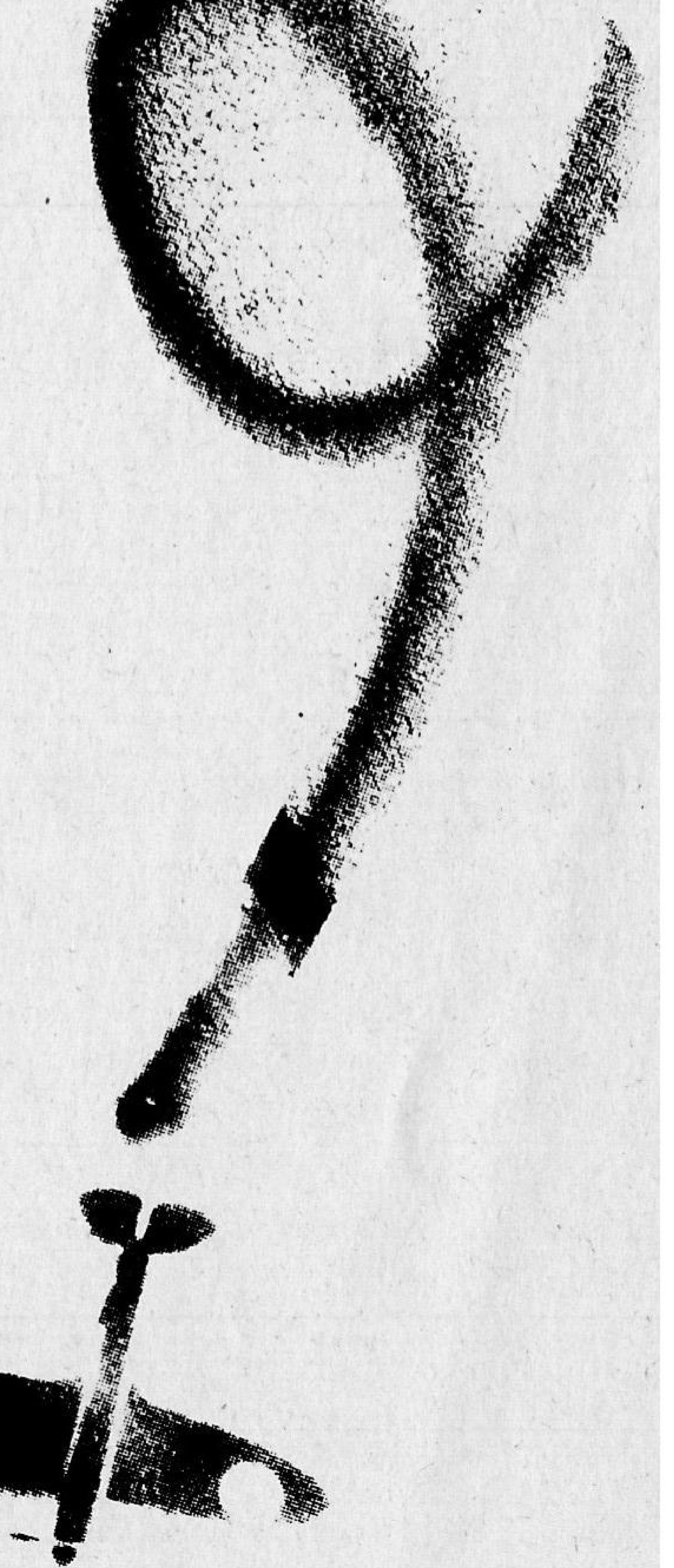
Eine kämpfende Gruppe

deutsche waffen, deutsches geld morden mit in aller welt

wir haben heute, am 15.2.91 drei zweigstellen der kriegstreiberkonzerne deutsche bank in karlsruhe ludwig-wilhelmstraße und diakonissenstraße und siemens in der bannwaldallee angegriffen und entglast.

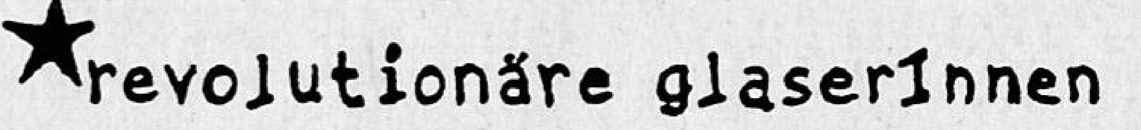
massenmord für den profit, das ist ihre politik

während am golf der millionenfache tod für die völker des irak, die kurdInnen in der Türkei und die palistinenserInnen droht und stattfindet, reiben sich die bonzen in den chefetagen von deutschen großbanken und rüstungskonzernen die hände. sie profitieren von jedem schuß und jeder bombe die fällt am arabischen völkermord. durch die geplante neuaufteilung der arabischen welt, erhoffen sie sich den weiteren ausbau der europäischen weltmachtstellung mit dem machtzentrum brd. die deutsche bank und siemens sind neben anderen konzernen maßgeblich an dieser entwicklung beteiligt. wir haben diese drei zweigstellen exemplarisch herausgegriffen, um unseren widerstand gegen die vernichtungspolitik der kapitalistischen staaten gegenüber den völkern des trikonts deutlich zu machen.



karlsruhe,den 15.2.91

krieg dem krieg!



★revolutionäre glaserInnen

dabei). +++ In Schweden wurden 20 IrakerInnen unter den Verdacht an "terroristischen" Aktivitäen

VON EINZELTÄTERN UND ANDEREN MÄRCHEN

WIR HABEN LÄNGER ÜBERLEGT, OB WIR ZU EINER AKTION, VON DER NICHTS NACH AUSSEN GEDRUNGEN IST, UND BEI DER ES NICHT RICHTIG GEKNALLT HAT, WAS SCHREIBEN. WIR HABEN AM FREITAG, DEM 8.2. DEM MAX-PLANCK INSTITUT IN DER IHNESTRASSE EINE BOMBENDROHUNG ZUKOMMEN LASSEN! WIR WISSEN, DASS SIE IM GRUNDE REAGIEREN MÜSSEN. WIR WISSEN NICHT, OB SIE ES GETAN HABEN. WENN ,JA, DANN SEHR DISKRET! WIR BEZIEHEN UNS MIT UNSERER AKTION AUF DIE REISE VON RITA SÜSSMUTH NACH TEL AVIV! IHRE ÄUSSERUNG: DAS NUR EINIGE SCHWARZE SCHAFE AM TECHNOLOGIE UND KNOW HOW TRANSFER ZUM VÖLKERMORD IN KURDISTAN BETEILIGT SIND, SPRICHT DIE PRAXIS DEUTSCHER POLITIK HOHN. RITA PASS BLOSS AUF! SONST WIRST DU ZU EINER GEISTERBAHNFAHRT EINGELADEN! WARUM MAX-PLANCK? DIE MAX-PLANCK INSTITUTE GIBT ES ALS NETZ VERTEILT ÜBER DIE GESAMTE ALTE BRD. IN IHNEN WIRD GRÖSSTENTEILS GRUNDLAGEN-FORSCHUNG BETRIEBEN. SIE SIND DAS ELITÄRSTE WAS DIE DEUTSCHE WISSENSCHAFT ZU BIETEN HAT, INCLUSIVE NOBELPREISTRÄGER! IHRE FINANZIERUNG TEILEN SICH, ENG VERKNÜPFT, STAAT UND WIRTSCHAFT. SIE SIND ALSO ALLE VERANTWORTLICH FÜR KOMMENDE UND GEWESENE MORDE! ALLES ANDERE IST LÜGE! DIE WISSENSCHAFTLERINNEN IGNORIEREN IHRE POLITISCHE VERANTWORTUNG IN DER REGEL MIT DER PHRASE VON DER FREIEN WISSENSCHAFT. DERWEIL PFUSCHEN SIE SEELENRUHIG AN DER GRUNDSUBSTANZ DES LEBENS RUM. UNSERE ERFAHRUNG AUS DEM ANTI-AKW KAMPF ZEIGTE UNS DEUTLICH, DAS UNSERE STIMME DAGEGEN NICHT VIEL ZÄHLT! FALLS ALSO WAS SCHIEFGEHT IN IHREN HOCHSICHERHEITSLABORS WIRD ES WIEDER NUR HEISSEN: ES WAREN EINZELTÄTER! RUHE BEWAHREN IST OBERSTE BÜRGERPFLICHT UND VERLASSEN SIE JETZT DIESEN PLANETEN. ABER NICHT MIT UNS! UNSERE AKTION WAR PREISGÜNSTIG UND WENIG ZEIT-AUFWENDIG. VIELLEICHT HAT SIE ETWAS UNRUHE GESTIFTET!

SELBST DAS KLEINSTE LICHT DURCHBRICHT DIE DUNKELHEIT
WANDELT WUT UND WITZ IN WIDERSTAND
ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN 1 ODER 2
GROSSE GRUPPEN JETZT

FRIDA KAHLO

...kick mal wieder

GEGEN KRIEG VERGEWALTIGUNG
UND MORD
KÄMPFEN FRAUEN AN JEDEM ORT.

Wir haben heute in Köln Unordnung in mehre Video-Läden gebracht.

Krieg und Gewalt gegen Frauen fängt auch beim Video an.

Gegen den reibungslosen Alltag hier.

13.2.91

piratinnen
gegen den golfkrieg

beteiligt zu sein, vorübergehend festgenommen +++ Etwa 2 Millionen FremdarbeiterInnen und ihre

Kein Blut für Öl

Der Krieg am Golf läuft. Die Öl Multis machen Rekordgewinne.
Bei uns nicht!!!
In der Nacht vom 17. auf den 18 Februar haben wir die folgenden Tankstellen boykottiert:

DEA	Skalitzerstr.	Schläuche durchtrennt
Aral	Ritterstr.	Schläuche durchtrennt und Parolen gesprüht
Aral	Alt-Rudow	Alle Zapfpistolen geklaut, Parolen gesprüht alle Schlösser verklebt, Zucker in die Vorratstanks geschüttet
Shell	Kaiser-Wilhelmstr.	Schläuche durchtrennt
BP	Kaiser-Wilhelmstr.	Alle Zapfpistolen geklaut
Minol	Bulgarischestr.	Schläuche durchtrennt, Zucker in die Vorratsbehälter, gesprüht
Elf	Morgensternstr.	Schläuche durchtrennt, gesprüht
DEA	Thielallee	11 Zapfpistolen geklaut, gesprüht
DEA	Reichsstr.	Schläuche durchtrennt, gesprüht
Shell	Kolonnenstr.	Schläuche durchtrennt, gesprüht
Aral	Westfälischestr.	Schläuche durchtrennt
Elf	Johannistaler Ch.	Schläuche durchtrennt
Aral	Mariendorfer Damm	30 Schläuche durchtrennt
Aral	Wexstr.	Schläuche durchbohrt

Blockieren Sabotieren Desertieren

golfkrieg-menschenmassaker-cnn-cihad-militärzensur, schlagwörter, die zur zeit unsere medien beherrschen und aufs äußerste verklärt werden, den menschen wird das kriegsspiel live über den satellitensender cnn angeboten. sie dürfen mitspekulieren und mit einer tüte chips und coca cola mitkämpfen, so daß dieses vernichtungsherr eher einem computerspiel ähnelt als einem monströsen krieg, der naturkatastrophen und menschenvernichtung auf grausamste art und weise mit sich bringt. der krieg ist für die menschen alltag geworden. es herrscht eine passivität, die daß menschenmassaker am golf gewähren läßt und die kausalität der zusammenhänge nicht begreift, so daß die abgestumpftheit ja nur die folge sein kann. solange sie reich genährt werden und die konsumkette nicht unterbrochen wird, fühlen sie sich in dieser verdammt aggressiven welt sicher wie die made im speck. und zu allerletzt haben sie da auch ihren george bush, der sie von den bösen, menschenverachtenden diktator hussein beschützen wird. die ziele der usa, eine neue weltordnung zu schaffen, die arabischen staaten zu verwestlichen, damit sie gnädige und rentable untertanen werden, wird nicht von den medien ins visier genommen. george bush rechtfertigt sein eingreifen als ein akt der humanität, um die demokratische ordnung, die offene wunde kuwaits zu regenerieren. aber wird in den medien erwähnt, daß das öl kuwaits ein wichtiges exportprodukt der usa und darum ein wichtiges reservoir ist, um die wirtschaft flurieren zu lassen. sollen wir uns aufgrund der machtgier eines elitären grüppchens fügen und nicht in das weltgeschen eingreifen, weil wir ja doch nur ein glied in der kette sind und nicht die mittel haben, um uns nicht mehr hilflos zu fühlen. da können wir nur sagen "zusammen sind wir stark".
wir wollen uns nicht dem moralapostel george bush unterwerfen, denn seine expansionspolitik ist uns zuwider, aber auch nicht dem größenwahnsinnigen saddam hussein überlassen, der sein volk gegen den rest der welt ins feld schickt.
um unserer wut und unserem haß gegen menschenverachtene systeme(brd, usa, irak u.a.) und völkermörderInnen ausdruck zu verleihen haben wir am 12.2.91 einen brandanschlag auf das zur hertie-kette gehörende bilka-kaufhaus verübt. zu unserm bedauern hat sich, dasbei der zündung verspritzte benzin nicht entzündet, und so nur geringen schaden angerichtet.
aber, der kampf hört nicht auf-er verhärtet sich nur!

eine revolutionäre zelle

Angehörige haben seit Kriegsbeginn den Irak und Kuwait verlassen +++ Seit Kriegsbeginn sind nach

"INFO" VERANSTALTUNG f. Ⓝs v WBF F'HAIN am 11.2.

S T Ö R F A L L ?

Wir störend diese Veranstaltung, FARBE + EIER

wegen

- der Besetzung des "Podiums" mit...

1. Frau Eichstädt (Baustadträtin Kreuzberg; bekannt für die Befriedung sozialer Konflikte in Kreuzberg; Umstrukturierung; Vorstand von Stadtbau)
2. Mendiburu (Vermittlungsfigur des Senats im Stadtteil)
3. Batschulat (Justitiar der WBF , verantwortlich für Räumung in Friedrichshain)
4. Orlowski (siehe Eichstädt)

- weil die WBF mit 4 Häusern grundsätzlich nicht verhandeln will

- weil diese Verhandlungen nichts weiter als eine absolute Verarschung darstellen (mit der erweiterten Projektgruppe wurde sich bewußt auf eine Hinhaltetaktik eingelassen, nach 3 Monaten sind wir nicht schlauer als zuvor und 3 Häuser weniger)

- weil die "Maximalforderungen", die Anlehnung an den Prenzlberg-vertrag , unserer Vorstellung eines selbstbestimmten Lebens widerspricht

- weil selbst bei Ablehnung unserer Minimalforderungen die Verhandlungen nicht ausgesetzt werden, um neu zu überlegen und Druck zu schaffen

Dies alles zeigt, daß praktischer Widerstand notwendig ist!
Machen wir das eigene Brett vorm Kopf zur Waffe!!!
Wir können nur um Verhandlungen ringen, wenn wir uns unserer Stärke bewußt werden. Schluß mit dem Betteln!

Keine Verträge mit den Stellvertretern der Kriegspolitik!
Der Krieg findet auch hier statt.

RUNDER TISCH GEGEN DEN GOLF-KRIEG! jetzt täglich ab 15.00Uhr
im Stadtteilcafe am Kotti
in SO 36 !!

betrifft:Störfall

Am Montag,d.11.2. wurde eine sogenannte Informationsveranstaltung der Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain zur Erläuterung der vorgelegten Vorverträge von einigen Leuten mit Farbbeuteln unterbrochen.
Hintergrund dieser Aktion war die Anwesenheit einiger ausgewiesener SozialstrategInnen und vermutlich das anscheinend unsolidarische Verhalten der VerhandlerInnen.Abgesehen davon,daß sie wirkungsvoll den Redeschwall des Herrn Batschulat,Justiziar und Verhandlungsmensch der WBF,abgeschnitten hat,finden wir diese Aktion problematisch.Sie entspringt anscheinend der Ansicht,daß wir die Vertragsverhandlungen als derzeit angesagte Form eines politischen Kampfes zur Durchsetzung der Häuser begreifen.Das ist nicht der Fall,und es ist bezeichnend für unsere Kommunikationsstrukturen,daß das nie klar geworden ist.Einige Häuser haben schon Ende letzten Jahres überlegt,nicht länger dem Anspruch einer politischen Häuserbewegung im Osten hinterherzulaufen,sondern sich wieder verstärkt anderen Dingen zuzuwenden.Spätestens nach der Räumung der Mainzer wurde klar,daß es diese Bewegung nicht gab und nie geben würde. Die Stimmung ging eindeutig in Richtung auf schnellstmögliche Sicherung der eigenen Häuser durch Verträge.Dazu kommt,daß die meisten von uns nie OstbesetzerInnen aus Überzeugung,sondern aus Gelegenheit bzw. Wohnungsnot waren und ihren Schwerpunkt in anderen Stadtteilen oder auch bei anderen Themen hatten und haben.Die Diskussion darüber,was in Westberlin an Strukturen zusammengebrochen ist,weil so viele in den Osten gegangen sind,ist ja andeutungsweise geführt worden.Die Perspektive für die Häuser reduziert sich mit diesen Überlegungen auf das gemeinsame Leben einer Gruppe,eventuell eines politischen Zusammenhangs,und das,was davon ausgehen kann.Dies ist so im Westen zur Zeit nicht durchsetzbar und darum hierher verlagert.Die Frage muß sein,wie diese Perspektive mit einem vertretbaren Aufwand an Energie erfüllbar ist.Wenn wir uns also jetzt den ständigen Verarschungen von WBF und politisch Verantwortlichen aussetzen,dann deshalb,weil wir darin den schnellsten Weg sehen,den Rükken freizubekommen.Die Gefahr,dabei in Selbsthilfe zu ersticken,ist glücklicherweise durch die Geldnöte der Gesellschaften gebannt.

Was wir letztlich auf uns sitzen lassen müssen,ist der Vorwurf unsolidarischen Verhaltens gegenüber den geräumten Häusern.Es ist nicht möglich,solidarisch zu verhandeln.Gerade,nachdem bei der Farbbeutelaktion zwei Leute abgegriffen wurden,haben viele das Gefühl,immer tiefer in diese üble Eigendynamik zu geraten.

Einige politisch denkende VerhandlerInnen

Kolleginnen und Kollegen!

Wir laden ein zur

Versammlung aller TaxifahrerInnen

am Mittwoch den **27. Februar 1991 um 19 Uhr**
im Gemeindehaus Nostizstr. 6/7 1-61

Die Arbeitsbedingungen im Taxigewerbe waren noch nie die Besten! Die Vereinzelung am Arbeitsplatz hinderte uns bisher oft, diese zu verbessern. Deshalb treffen sich seit einiger Zeit lohnabhängige Aushilfs- und FestfahrerInnen aus verschiedenen Betrieben, um über ihre Arbeitssituation zu reden. Dabei stellte sich heraus, daß wir unter sehr unterschiedlichen Konditionen arbeiten müssen.
Uns wurde klar, daß es unabdingbar ist, uns über unsere Arbeitsbedingungen breiter und besser auszutauschen, um anschließend einen gemeinsamen Forderungskatalog zu erstellen und durchzusetzen.
Wir haben im kleinen Rahmen angefangen, einige Ideen/Forderungen zu sammeln, die zum Teil rechtlich verankert, aber nicht in allen Betrieben durchgesetzt sind, zum Teil noch erkämpft werden müssen. Deshalb ist es äußerst wichtig, daß alle KollegInnen an dem Forderungskatalog mitarbeiten.

Erste Ideen zur Verbesserung der Arbeitssituation sind:

- mindestens 55% Umsatzprovision für Aushilfs- und FestfahrerInnen
- Weihnachts- und Urlaubsgeld für alle
- Lohnfortzahlung im Urlaubs- und Krankheitsfall
- 100% Ausgleich für den Wegfall der Berlinzulage
- 100% Abschreibung der Fehlfahrten
- 100% Einbehaltung der Zuschläge
- bezahlte An- und Abfahrten zum Taxi, sowie bezahlte Ausfallzeiten
- optimal ausgestattete Taxen durch beste Gesundheits- und Sicherheitsvorkehrungen
- Bezahlung der Ausbildungskosten, als auch der fortwährenden P-Scheinkosten und natürlich ein laufendes Überbrückungsgeld für die Zeit der Ausbildung
- Weg mit der Kilometerschnittbevormundung!

Alle diese Forderungen sind der erste Entwurf für eine Verbesserung der Arbeitssituation von TaxifahrerInnen und soll eine Mindestverpflichtung für jeden Taxibetrieb werden.

Deswegen gilt es, **zusammen** einen Forderungskatalog zu erstellen, um ihn anschließend in **jedem** Betrieb durchzusetzen.

Taute Mili berichtet:

in der letzten bz war zu lesen,daß u.a. wir auf gar keinen fall verträge wollen.die taz überschlägt sich mit lobeshymnen auf die friedrichshainer hausbesetzerinnen,die jetzt endlich dazu bereit sind,sich auf die realpolitische ebene einzulassen.daß es immer noch häuser gibt,die die uns angebotenen verträge nicht wollen wird verschwiegen.(solidarische grüße an die schreiberinnen des leserinnenbriefes "nix kapiert")
kurz zu der geschichte der verträge und unser bezug darin.die geschichte ist deshalb wichtig,weil 1.sie von uns selbst total widersprüchlich ist und 2. seit beginn der besetzungen die vertragsdiskussion den größten teil eingenommen hat.das heißt auch,daß die bestimmung immer auf die verträge fixiert war und dadurch keine politisierung und wirklich inhaltliche politische zusammenhänge entwickelt wurden.es wurde wenig an uns als politische kraft geredet,dadurch war ein anderes verhältnis unter den häusern als über verträge gar nicht möglich.wenn dann nur als einzelnes haus.das war aber in einem bezirk wie friedrichshain total schwierig,weil wir uns mit sovielen besetzten häusern irgendwie als teil begriffen haben.eine abgrenzung lief eher über konkret sexistisches verhalten von einzelnen tüpen aus anderen häusern.konsens war auf jeden fall von vornherein,daß wir immer eine berlinweite vertragslösung angestrebt haben,in der wir als häuserbündnis soweit es möglich war,selbstbestimmt handeln konnten.
nach der räumung der mainzer straße fiel dann alles auseinander. das vertragsgremium wurde durch einzelvertragskungeleien unterlaufen(das war übrigens auch schon vorher der fall,danach nur forcierter und offener). die spaltung in verhandlerinnen und nichtverhandlerinnen war endgültig klar,als teile der kreutziger einen modifizierten und modifizierten vertrag vorlegten,der absolut nicht mehr von uns bestimmt war,sondern von einem kleinen teil gepusht wurde und der ein einlassen auf die schweine verlangt hätte, das wir uns nach dem militärischen angriff auf die mainzer nicht mehr vorstellen konnten. die ganze scheiße lief dann auseinander, wurde gespalten,da war null starkes bei. wir handelten aus einer totalen schwäche heraus und unreflektiert,da war nur reagieren ohne offensive von uns.
es war innerhalb unserer gremien und räte nicht mehr möglich darüber zu diskutieren,ob wir überhaupt verträge wollen.z.b. gab es ein flugblatt,das dazu aufrief,die vertragsverhandlungen mit den kriegstreibern abzubrechen. das wäre eine chance gewesen,häuser kampf als einen teil des antiimperialistischen und antipatriar-

Der Vorsitzende der jungen Union Gröhe nannte den Gehaltsverzicht vorbildhaft: Bundesdeutsche

chalen kampfes zu bestimmen. diese diskussion wurde aber nie ernsthaft geführt. es ging nur noch um irgendwelche klauseln und paragraphen,also um eine total realpolitische herangehensweise.einige häuser u.a. auch wir, wollten dann mit denen zusammengucken,die die verträge auch nicht wollten,da waren auch ein paar häuser aus prenzelberg und mitte bei.wir wollten versuchen,die ganze entwicklung noch in eine andere richtung zu bringen. das lief jedoch auch ziemlich schnell auseinander.durch permanenten räumungsdruck und irgendwelche ultimaten waren immer mehr häuser dazu bereit auf bezirksebene zu gucken,was für sie noch rauszuholen ist.
wir haben im haus versucht,die diskussion in eine andere richtung zu führen,also ein taktisches verhältnis zu verträgen zu kriegen.d.h. uns selbst am kampf zu orientiren und die verträge nur als unsere bestimmung zu begreifen und nicht als letztendliches ziel. das ist das ,was ein stückweit im hafen versucht wird,nur daß die leute im hafen eine ganz andere geschichte haben und aus einer ganz anderen position heraus handeln.
die strategie eines einheitlichen europas als wirtschaftliche macht in konkurrenz zu den usa(ein haus nach dem anderen wird geräumt,verstärkte kriminalisierung von leuten,die ihre "gesinnung" nicht aufgeben etc.),macht unser haus total wichtig.um die uns angebotenen verträge einzugehen,müßten wir als hausgruppe total stark sein.wir haben aber schnell gemerkt,daß der prozeß von kollektivität und selbstbestimmung bei uns **erst** angefangen hat und auch nicht alle mit derselben bestimmung ins haus gegangen sind. aus dieser schwäche heraus wäre es uns nicht möglich,trotz sklavinnenarbeit und knebelverträgen weiterhin politisch zu **arbeiten**. ausschlaggebend war nach diesen überlegungen aber,daß die verträge keinerlei sicherheit bieten,wir uns also totschuften und letztendlich keine bleibegarantie haben,mit dem preis, während der instandsetzungsphase politisch befriedet zu sein.
aus dieser auseinandersetzung heraus,haben wir uns ganz bewußt für eine eventuell anstehende räumung entschieden.

Tante Mili



übrigens:einstein wir kommen!!!!!!!!

Minister und Staatssekretäre sollten die Fastenzeit nutzen, darüber nachzudenken, ob sie dem

Wieder & nochmal besetzen!
Wir besetzen im Einsteinufer in Kooperation mit Besetzern die Räume im Erdgeschoß um eine EKT zu eröffnen.

WIR BESETZEN UNS EINE KITA

Freitag 15.02.90 15.00
Einsteinufer 41 /Ecke Marchstraße U-Bahn Ernst-Reuter Platz

IST DIE ZUKUNFT DER KINDERLÄDEN IN BERLIN NOCH ZU RETTEN?

Kinderläden werden durch unbezahlbare Gewerbemieten die Räume genommen!
Der Senat besorgt durch Sozialabau den Rest.

Durch unzumutbare Mittelkürzungen ist die Zukunft von bestehenden Eltern- Initiativ -Kindertagesstätten extrem gefährdet und ist nur noch bis April gesichert. Neugründungen werden gar nicht mehr unterstützt. Schon seit Dezember 90 fließt keine müde Mark mehr für den Aufbau neuer Läden.

Was sagt der Senat dazu?

Eine elementare Kinderbetreuung sei gewährleistet, so der neue, aus dem Osten kommende Familiensenator Krüger (SPD). Er bestreitet den Notstand, indem er auf ausreichende Kapazitäten in Ostberlin hinweist. Kritik an realsozialistischen Altlasten in der Erziehung hat er schon über Bord geworfen. Davon abgesehen sind die Kitas dort sind auch völlig überlastet, denn sie weisen einen ungleich schlechteren Betreuungsschlüssel auf. Trozdem verweist der Senator Krüger jetzt Eltern in "Randlagen" Westberlins auf Ost-Kitas.
Dieser freundliche Rat ist unannehmbar !!!!!!!!!

Die Einsparungen lassen wiedermal einen politischen Willen erkennen, der den weniger bemittelten Eltern keine- oder eine schlechte Kinderbetreuung zukommen läßt, somit Familie und Beruf für Frauen kaum noch vereinbar wird.

Bezahlbare-Räume-brauchen-wir!

Der Spekulant Henning von Harlesen verhindert systematisch eine sinnvolle Nutzung von Nutz- und Wohnraum.Die seit 89 besetzten Häuser Marchstr./Einsteinufer sind akut bedroht, da der Spekulant eine Räumungsklage und Abrißgenehmigung beantragt hat.

HAUSBESETZUNG IST NICHT DAS PROBLEM!, SONDERN DIE LÖSUNG UNSERER RAUMNÖTE UND WOHNUNGSMISERE
Deshalb gehen wir einen neuen Weg und starten einen Laden am Einsteinufer. Wir bitten Euch um solidarische Unterstützung im Aufbau unseres Kinderladens 'WILDE WÜTZCHEN'

KOMMT ZUR ERÖFFNUNG UNSERES KINDERLADEN, DIE MIT DEM FEIERLICHEN ZERSCHLAGEN DER ZUGEMAUERTEN FENSTER EINGELÄUTET WIRD.

Die Volxküche sorgt für Verpflegung.



Weitere Info:
Marchstr Info Kaffee und Axel: 651336

Presseerklärung der besetzten Häuser Marchstraße/Einsteinufer

Die BewohnerInnen der besetzten Häuser March/Einstein solidarisieren sich ausdrücklich mit den Forderungen der Kinder,Eltern+ErzieherInnen der bedrohten EKT´s in Berlin.

Wir wissen aus eigener Erfahrung,daß die Sparpolitik,der Sozialabbau und auch die Repression in der BRD und auch speziell des SPD/CDU-Senats in Berlin ,da ansetzen wo er die Menschen am schwächsten glaubt. Zum Beispiel bei uns,d.h.Leuten mit wenig Geld,die trotz der ohnehin schon unerschwinglichen Mieten,die im Moment explodieren,teilweise bis zu 20-facher Mietsteigerung im Ostteil der Stadt,zusammen leben wollen,selbstbestimmt ohne staatlich Bevormundung. So auch bei Eltern und Kindern,noch mal verschärft bei alleinerziehenden Frauen,die auf Kitaplätze angewiesen sind,um ihr Leben nach eigenen Vorstellungen leben zu können.
Eltern und alleinerziehende Frauen sollen durch die Kürzungen im Sozialbereich wieder in das alte Rollenklischee - "Frauen zurück an den Herd und zu den KIndern" - gezwungen werden. Die Mietexplosion, die unverschämten Bereicherungsversuche der HausbesitzerInnen und SpekulantInnen,setzen dieser Politik des Senats noch die Spitze auf. Wer die Mieten nicht mehr bezahlen kann,sitzt bald auf der Straße. Die ebenfalls steigenden Gewerbemieten können von den EKT´s nicht mehr bezahlt werden. Sie müssen schließen,billige Räume sind ohnehin kaum zu finden. Umzüge werden wie Neugründungen behandelt und erhalten keine Mittel mehr. Da wir gemerkt haben, daß die PolitikerInnen nicht gewillt sind,unsere Bedüfnisse zu erfüllen und dies auch nicht können , haben wir vor zwei Jahren unsere Häuser besetzt und schon mal angefangen,was gegen diese Politik der Wohnraum-,Spekulanten ,Profithaie und Ausbeuter zu tun,gegen den roten Stift der SozialstrategInnen.
Deshalb öffnen wir jetzt,im Rahmen der Aktionswoche,Räume für Eltern und Kinder. Die Räume sind da,die "Kohle" fehlt.
Die Räume sind da--noch! Vor einem Monat hat die Eigentümerin unserer Häuser,die Hennig v.Harlessem & Co GmbH(Fasananstr. 73), Räumungsbegehren gestellt. Das bedeutet Räumungsgefahr !
Wir sollen wieder auf der Straße stehen.
Doch--wir werden bleiben,ist doch klar !

Wir fordern: KEINE RÄUMUNG von March/Einstein
Instandstetzung d.Häuser auf Kosten d.Spekulationsfirma
Geld für alle EKT`s
Geld für`s " Wilde Wützchen " im Einsteinufer

Für ein besseres Leben ohne Chef´s ! Die Häuser denen die drin wohnen!

Repression in der Provinz

Dokumentation zur Kriminalisierung, Isolierung und Spaltung des antifaschistischen Widerstands in Konstanz

Inhalt:
- Chronolgie des antifaschistischen Widerstands seit 1985
- Dokumentation der Kriminalisierung und der Prozesse
- Interview mit Rechtsanwalt Michael Moos, (Freiburg)
- Einschätzungen zum Verhältnis von bürgerlicher Politik und faschistischer Formierung
- Rechtshilfetips

40 Seiten, Bestelladresse: Antifa-Komitee, Postfach 1314, 7750 Konstanz
Preis: 1 Ex. 6 x 0,60 in Briefmarken, 6 Ex. 20 DM, nur gegen Vorkassel



gehen an US-Firmen. Raytheon, Konstrukteur der Patriot-Abwehrraketen soll einen neuen Flughafen

Maul halten

In der letzten Zeit war es verstärkt mitzukriegen das, daß so klare" keine Aussagen" so klar nicht war und auch nicht ist.
Aufgrund der vielen eingeleiteten Ermittlungsverfahren, verschickt der Staatsschutz Vorladungen, in den sie Dir die möglichkeit bieten, die vorliegenden Verdachtsgründe zu beseitigen.
D.h. Du sollst umfangreiche Aussagen machen, dich und andere als Straftäter/innen zu Identifitieren.
Du bist nicht verpflichtet, dieser Aufforderung nach zu kommen!!!
Falls Du aber doch hingehen willst, um von denen Infos zu bekommen, sei Dir bewußt, daß Du geschulte Psycho-Laberbullen, vor Dir sitzen hast, deren Aufgabe es ist Informationen aus Dir herauszukitzeln. Also Infos über Dich und andere und überhaupt. Deshalb können wir nur dringend davon abraten hinzugehen.
Anders ist es wenn Dir Briefchen (Vorladungen) von der Saatsanwaltschaft ins Haus flattern. Da mußt Du nämlich hin, ansonsten können sie Dich auch zwangsvorführen- auf deine Kosten! Du sollst aber niemels alleine higehen sondern eine/n Anwalt/in deines Vertrauens mitnehmen.
Die, die hingehen zum Termin, dort aber nichts sagen, müßen mit Sanktionen rechnen. Die Staatsanwaltschaft kann Beugehaft bei (Zeuginnen) beantragen, d.h. sie können Dich nicht sofort in Haft nehmen, vorher sind nocheine Reihe von rechtlichen Schritten notwendig.
Die Debatten kreisen Vordergründig um den Punkt: das Absitzen der Beugehaft ein zu hoher Preis für Aussageverweigerug ist. Es wird ein Weg zwischen Aussage und Knast gesucht, orientiert wird ~~sich~~ dabei an den persönlichen Folgen. die politische Konsequenz oder Funktion von Aussageverweigerung wird ~~sich~~ dabei übergangen. Das Wissen um die eigene Erpreßbarkeit, die Angst vor Knast und den Folgen, sowie die politische Schwäche, sind Richtlinien des Handelns, was zum wiedrholten Male auf das Kernproblem Organisierung stößt. Aus unsicherer Haltung heraus wird der Zweifel an die Grundsätzlichen politischen Funktionen der Aussageverweigerung sichtbar. Taktisches Kalkül tritt an die Stelle einer Konsequenten Aussageverweigerung.
Weitverbreitet ist die Ansicht, daß Anwälte/innen immer die "Große Ahnung" haben, weil für uns Jura völlig fremd ist. Das ist für beide Seiten das Bequemste. Du überläßt Ihnen alles.
Sogenannte"Top Anwälte/innen" versuchen das glimpflichste für Dich rauszuholen. Doch um welche Preis?
Der Preis- d.h. in der Regel AUSSAGEN!!!
Deshalb stellt sich hier doch die Frage, ob diese "Top-Anwälte/innen" tatsächlich gute Anwält/innen sind.
Ein solcher/e RA. ist dann oft Mitwirkender an deiner verurteilung. Sein/Ihr Interesse beschränkt sich auf sein/Ihr Geschäft und seine/Ihre Kariere. Klar ist, daß Du keine Wunder verlangen kannst, jedoch sind für gute RAs bestimmte Kriterien zutreffend. Eine umfassende Beratung und Verteidigung und das best Mögliche für Dich zu tun.
Verlange in die Prozeßvorbereitung miteinbezogen zu werden und nichts zu unternehmen was nicht vorher mit Dir Abgeschprochen worden ist.

bauen. +++ Das US-Militär ist im Besitz von Fotografien, die belegen sollen, daß die Iraker

Schick Ihn/Sie zum Teufel wenn Du den Eindruck hast, dein/e RA wird der Staatsanwaltschaft(Justiz) in die Hände spielen-sprich hinter Deinen Rücken für Dich das "Beste" auszuhandeln. Wenn Er/Sie Dir den Eindruck vermittelt Mensch hätte mit seiner Kritik eine Majestätsbeleidigung begangen, dann sollte Mensch wirklich überlegen ob das der richtige Vertediger/in für Ihn ist.







Stell Dir vor Du sitzt im Knast und dein/e RA ist für eine lange Zeit, Deine einzige Kontaktperson nach draußen!? Der einzige Mensch der Dich nicht als Aktenzeichen oder sonst wie sehen sollte, sondern als Mensch behandelt und mit dir über Deine Ängste,Probleme,Gefühle einfach alles was Dich in diesen Stunden belastet- reden kannst.

Von vorne herein ist es wichtig, daß Du die Vorbereitung und Führung deines Prozeßes nicht deinem/er Anwalt/in überläßt.Sondern Ihr gemeinsam eine Strategie entwickelt. Hier gehört auch dazu, daß ihr die Möglichkeiten des Verlaufs bis zum Ende der Verhandlung zusammen besprecht. Damit Du Zeit hast,Dir zu überlegen auf was Du dich einlassen willst und auch Zeit, Dich darauf vorzubereiten.

Es passiert wohl leider immer wieder, daß sich RAs zu fein dazu sind. Doch das geht auf deine Kappe. Den dadurch kann es Dir passieren, daß Du vor oder während der Verhandlung total unter Druck gesetzt werden kannst, indem dein/e RA Dich vor Entscheidungen stellt, die Du in Minuten fällen mußt. Und später evtl. bereust, doch es ist zu spät.

Ein Beispiel dazu ist vileicht die Einstellung gegen Geldstafe..Zum einem ist schlichtweg alles Stafe oder Verurteilung, wo nicht Freispruch rauskommt.Zum anderem wird Dir diese billige Möglichkeit durch Aussagen abgepreßt.

Haarsträubend ist doch auch Geldstafe als günstiges Wegkommen zu bezeichnen.Zwar ist es in der Szene relativ leicht Kohle durch Feten einzutreiben. Aroganterweise wird jedoch nicht gesehen, daß es genügend Leute gibt, denen solche Möglichkeiten nicht offen stehen und dafür in Knast abwandern, weil es wirklich nicht sooo billig ist.







und ist es wirklich so billig, wenn der Preis dafür Aussagen sind?

Wir müssen uns bewußt machen, daß sämtlich Aussagen, auch die, die scheinbar gar nichts mit der Sache zu tun haben, über unsere Persönlichkeit-Wohn und Lebensformen- Freund/innen Einkommen u.s.w. versuche sind, uns einzukreisen. Sie versuchen uns in Aussagen zu verstricken-herauszufinden wo wir am angreifbarsten sind.

Wir können nicht einfach trennen zwischen Aussagen die wichtig sind und Aussagen die weniger wichtig sind. Den Bullen,,dem Gericht, dem Staat und all seinen Schergrndenen gibts nichts zu sagen- es geht sie nichts an.

Wenn Ermittlungs und Justizbehörden Informationen sammeln, dann tun sie dies in einem interresse, daß unserem entgegen gesetzt ist. Sie wollen diesen Staat schützen,wir wollen ihn jedoch angreifen.

Also kann es für uns nur grundsätzlich eine richtige Antwort geben- KEINE AUSSAGEN BEI BULLEN UND JUSTIZ!!!

Klar es erfordert allerdings eine entsprechende Bereitschaft sich sowohl mit den eigenen Schwächen, Ängsten, Zweifel, und Wiedersprüchen Auseinanderzusetzen, sie nicht wegpacken in die sonst so übliche Szene Coolheit, den sonst lähmen und erschlagen sie uns.

mit Hilfe eines Baukrans die Kuppel einer Moschee, die angeblich von Alliierten bombardiert und

Wir müssen darüber reden unter Freunden/innen...
das geht sehr oft an die eigenen Wurzeln und wird fragen nach der eigenen Identität stellen. Das ist eine Harte aber schlichte notwendigkeit die Mut braucht.
Natürlich sind wir alle nur zu gerne bereit, unser bißchen Freiheit hier drausen mit allen Mitteln zu verteidigen statt im Knast zu hocken. Trotzdem bzw. gerade deshalb gilt es, die politischen Ineressen, den persönlichen Bedürfnissen entgegenzusetzten.
Denn ob sich Mensch entscheidet in Beugehat- Knast- zu gehen oder mit sogenanten "Begrenzten Aussagen" den Weg zur Kooperation offen zu legen, ist in erster Linie eine Frage des Politischen Kopfes.
Wenn du als Mensch Identisch, mit deinem denken und handeln bist, bist Du bedohlich für dieses System, den dieses System funktioniert am besten mit Menschen die nicht identisch sind d.h. anders handeln als sie denken- oder anders denken als sie handeln.
JA, JA, WIR WISSEN DAS IST JA ALLES NICHTS NEUES:
DENN ES IST JA ALLES "SO KLAR"- NICHT WAHR ???



Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepfickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

Die Forderung nach Verhandlungen ist schon lange ein Hauptthema der abertzalen Bewegung (1). Diese Verhandlungen sollen nicht als endgültiges Ziel des Kampfes verstanden werden, sondern als Zwischenstufe und Erweiterung an einer anderen Front, auf der Basis der zu verhandelnden KAS-Alternative (2).
Die Madrider Regierung weigert sich, öffentlich eindeutig Stellung zu beziehen, es gibt Äußerungen der Sorte "Mit Terroristen wird nicht verhandelt", ETA bot 1988 erstmals einen Waffenstillstand an für den Fall der Verhandlungsaufnahme und nicht mehr nur als Ergebnis derselben.
Es hat seit 1987 Verhandlungen und vor allem Verhandlungsunterbrechungen gegeben. Der Staat versuchte zunächst, sie auf die Ebene "Abgabe der Waffen gegen Amnestie" zu reduzieren und so zu spalten - auf der einen Seite integrieren, auf der anderen Seite radikale Forderungen und bewaffneten Kampf abgrenzen, was ihm nicht gelang.
Am 23.Januar 1989 kam es zum ersten Mal zu von beiden Seiten offiziell bestätigten Verhandlungen in Algier, wobei der weitere Verhandlungsverlauf in neun Punkten festgelegt wurde, u.a. Bildung eines ständigen Verhandlungstisches in Algier, Teilnahme der algerischen Regierung als Gesprächsleiterin und Vermittlerin, regelmäßige Veröffentlichung des Verhandlungsverlaufs und Vereinbarungen über beidseitige Waffenstillstände.
Weil Madrid die Vereinbarungen nicht erfüllt und z.B. falsche Verhandlungsergebnisse veröffentlicht, sieht sich die ETA-Delegation in Gefahr und die Gespräche werden abgebrochen.

(1) abertzal: bask. "patriotisch", einen eigenen baskischen Staat anstrebend.
(2) KAS-Alternative: umfasst die sog. 5 taktischen Forderungen (Minimalpunkte) bei Einstellung des Kampfes der ETA:
1. Abzug der spanischen Sicherheitskräfte
2. Wiedereingliederung der Provinz Navarra ins Baskenland
3. Amnestie für die baskischen politischen Gefangenen
4. Exekutive, legislative, judikative Kompetenzen der baskischen Institutionen (Autonomie)
5. Verbesserung der Situation der ArbeiterInnen in Euskadi.

ETA bestätigt die Existenz von Kontakten und versichert, daß die Regierung verhandeln muß

In dem in Auszügen übersetzten Interview der egin mit der bewaffneten Organisation Euskadi ta Askatasuna (Baskenland und Freiheit) analysiert ETA die doppeldeutigen und widersprüchlichen Aussagen von Madrid und Paris, sowohl hinsichtlich der polizeilichen Praxis als auch politisch, deckt die Tatsache auf, daß es Kontakte mit der spanischen Regierung gibt und schlägt einige Gesten und Garantien vor, die es geben müßte, um erneut die Gespräche von Algier aufzunehmen, die momentan auf Eis liegen.

egin: Paris und Madrid haben auf den polizeilichen Weg gesetzt und nicht darauf, die Gespräche fortzuführen, aber ihr und SprecherInnen der aberzalen Linken sagt, daß sie weiterhin das Gespräch suchen werden. Wie ist das zu verstehen?
ETA: Das widerspricht sich nicht. Wir haben 1000mal gesagt und bestätigen es heute wieder, daß der Weg der politischen Gespräche sich wieder auftun wird. Wir wollen das doppeldeutige und widersprüchliche Gerede aufzeigen, das die madrider Regierung und die politischen Führer von sich geben.
egin: Trotzdem, wenn ihr von der Repression seitens Madrid sprecht meint ihr nicht Reden sondern Taten...

id zerstört worden sei, abgetragen hötten. "Wir können das nicht mit einer Bombe gemacht haben, in

ETA: Das was sie in der Öffentlichkeit propagieren und das was sie anderen Leuten sagen ist nicht dasselbe. In letzter Zeit tauchen Umstände und Hinweise auf oder sagen wir mal, es wird dahingehend gewirkt, daß der Gesprächsprozeß von Algier wieder möglich wird.

egin: Kannst du das genauer erklären, diese letzte Behauptung?

ETA: In der politischen Geschichte wiederholen sich Prozesse nicht mit mathematischer Genauigkeit oder mechanisch, aber das heißt nicht, daß der nächste Gesprächsprozeß unter schlechteren Bedingungen ablaufen muß. Wieder werden sie nach den Gesprächen schwören, daß sie nie auf Gespräche mit uns gesetzt haben. So oder so, sie setzten aber auf diese Gespräche.

egin: Etwas genauer, wenn sich beide Seiten gerade darauf vorbereiten, in die politischen Verhandlungen einzusteigen, ist Flexibilität wichtiger als militärische Stärke; Ist ETA bereit, flexibel zu agieren?

ETA: Klar, wir sind bereit dazu. Gerade nachdem wir einen einseitigen Waffenstillstand angeboten hatten, verhafteten sie Josu Urrutikoetxea und andere Abertzale, und wir haben trotzdem mit den Gesprächen weitergemacht und den Waffenstillstand um einen Monat verlängert. Danach hat die madrider Regierung den Einverständnistext vom 23.März ganz klar manipuliert und wir schlugen einen anderen vor. Das war noch nicht genug. Sie hätten uns gerne auf den Knien vor sich. Und die Flexibilität hat ein Maß und eine Grenze. Diese Grenze und der Charakter dieser Flexibilität müssen mit aller Klarheit bestimmt werden. Wenn Flexibilität bedeutet, Wege aufzumachen, Garantien und Gesten der Verhandlungsbereitschaft, ETA hat immer gewußt, wie diese Dinge zu signalisieren sind und auch jetzt sind wir bereit dazu.

egin: Und weiter?

ETA: Die Verhandlungen von Algier hat die spanische Regierung unterbrochen, und an ihr ist es, Wege, Garantien, Gesten zu demonstrieren. (...)

egin: Und was könnten das für Gesten aus Madrid sein, auf die ihr wartet?

ETA: Madrid könnte z.B., ohne zu weit zu gehen, sagen, hier sind die neuen Verhandlungspartner, vollständig, (...) die bereit sind, sich an den Runden Tisch zu setzen. ETA würde mit einer entsprechenden Geste antworten.

egin: Haben die Vertreter Madrids euch gesagt, daß sie euch während der letzten Verhandlungen observieren ließen?

ETA: Lassen wir das Gespräch an diesem Punkt.

egin: Welcher könnte der passende Staat sein, wo sich die RepräsentantInnen treffen könnten?

ETA: Ihr JournalistInnen seid ziemlich unflexibel...

egin: Kann ich wenigstens fragen, ob es momentan Kontakte gibt zwischen euch und irgendeinem Funktionär Madrids?

ETA: Ja, es gibt Kontakte. In letzter Zeit sind viele Kontakte zwischen ETA und spanischem Staat zustande gekommen. Aber aus politischer Berechnung sagen wir nicht mehr dazu.

egin: Drei aus eurer Verhandlungsdelegation sitzen in französischen Knästen. Müßt ihr euer Anliegen nicht an die Regierung in Paris richten?

ETA: Das ist nicht das Problem. Es gäbe keine Probleme, wenn sie genauso handeln würden wie im Falle der Inhaftierung oder Auslieferung von baskischen Flüchtlingen oder militanten Abertzalen Wenn der Wille da wäre, wären die Mechanismen kein Problem. Hier haben wir die eindeutigen öffentlichen Erklärungen des Richers Michel Legrand in dem Sinne, daß die möglichen Hindernisse rein politischer Natur wären. Und das sagt ein Richter, kein Politiker. Es gibt auch andere Beispiele. Der iranische Gefangene Nacacche wurde zu lebenslang verurteilt und jetzt ist er frei. Seit 74 hat Paris 16 Personen freigelassen, die in Händen der Justiz waren, warum nicht hier?

egin: Wenn ihr euch auf die aktuelle Situation bezieht, erwähnt ihr immer wieder Algier. Sprechen wir davon!

ETA: ETA hat von Anfang an den eindeutigen Willen gezeigt, alle Übereinkünfte, die in Algier beschlossen wurden, zu erfüllen. Wir boten einen einseitigen Waffenstillstand an, obwohl sich die Regierung in Madrid zu nichts verpflichtete. Die Antwort der Regierung bestand darin, Josu Urrutikoetxea zu verhaften, was ohne Hilfe aus Paris nicht möglich gewesen wäre. Daraufhin ließen wir einen zweimonatigen Waffenstillstand folgen, diesmal bilateral. Deshalb wurden die ersten politischen Verhandlungen eröffnet.

egin: Fassen wir zusammen...

ETA: Wir machten eine Analyse des Konflikts zwischen Euskadi und dem spanischen Staat und haben zugleich Lösungswege aufgezeigt. Laut Vera und Egiagaray fehlte nur eine passende Gelegenheit, sie in die Tat umzusetzen. Dank dieser Stimmung kamen wir alle offensichtlich weiter.

egin: Und die Ergebnisse?

ETA: Die Resultata wurden in den fruchtbaren Treffen vom 22. und 23.März konkretisiert. 1.Der Waffenstillstand wird um weitere drei Monate verlängert. 2.Die Anzahl der VerhandlungsteilnehmerInnen wurde vergrößert. 3.Gleichzeitig mit dem Verhandlungsprozeß in Algier wird parallel dazu eine zweite Verhandlungsrunde eröffnet, in der beide Seiten repräsentiert sind und sich jede politische Partei einschalten kann, was das Spektrum beständig erweitern könnte. Aber bekanntlich drehte sich die PSOE-Regierung, indem sie die Übereinkünfte leugnete und von neuem auf Konfrontationskurs ging. Die Haltung der PSOE zeigte uns ihre Schwäche gegenüber den faktischen Einflüssen des Staatsapparates sowie das Fehlen allgemeiner Reife des Systems, sich einer politischen Verhandlung zu stellen, d.h. einer Verhandlung, die den Weg des Friedens einschlägt, der auf den demokratischen Werten beruht, die sie uns schulden. Der politische Hintergrund dieser realen Einflüsse schlug sich im Attentat im Hotel Alcalá nieder, bei dem Josu Muguruza ermordet und Inaki Esnaola verwundet wurde.

egin: Und all das weil die Regierung den Vereinbarungstext nicht veröffentlichte?

ETA: Ja, klar.

egin: Ist es so wichtig, daß die Regierung diese gemeinsame öffentliche Erklärung wörtlich wiederholt?

ETA: Der Geist und die Erwartungen, die in dieser Erklärung zusammengefaßt sind, wurden durch das Verhalten der Regierung zerstört. Das Klima gegenseitigen Vertrauens, das in zweieinhalb Monaten mit Mut, gutem Willen und Phantasie aufgebaut wurde, wurde durch ihre Handlungsweise in wenigen Sekunden zerbrochen. Warum wird ein besonnener und passender Ausdruck wie "politische Verhandlungslösung" zurückgewiesen, wenn es sich nur um eine Frage der Wortwahl handelt? Es geht um mehr, der neue Text, der von unserer Organisation 48 Stunden später vorgeschlagen wurde und dieser Ausdruck vermied und die anderen Übereinkünfte vom 23. März ratifizierte, wurde durch die Regierung ebenfalls zurückgewiesen, die alle direkten Kontakte abbrach. Ich habe hier den neuen Text. "Im schon erklärten Willen, den politischen Verhandlungsprozeß, der in Algier von Vertretern der Regierung und von ETA begonnen wurde, fortzusetzen, und im Verständnis, daß dieser Dialog eine weitere Phase der Entspannung ermöglicht, bekräftigt die Regierung ihren Willen, diesen Prozeß weiterzuführen, in dessen Verlauf sie sich verpflichtet, die Übereinkünfte vom 23. März zu respektieren." Dieser Text wurde nicht akzeptiert. Es handelte sich nicht um eine Angelegenheit der Wortwahl, sondern um einen totalen Wechsel der Haltung und Politik.

egin: Ist das eure Interpretation des Bruchs von Algier?

ETA: Ja, so ist es. Mit der Zeit werden sie möglicherweise die Reichweite dieses Richtungswechsels erkennen. Außer den üblichen Erklärungen gegen politische Verhandlungen haben wir wochenlang Parteiführer (...) gegen alles schreien hören, was nach politischen Verhandlungen riechen könnte.

egin: Den Parteien des Anti-ETA-Paktes zufolge sind politische Verhandlungen mit der ETA unmöglich und es wird keinen weiteren Versuch wie den von Algier geben.

ETA: Um es mal ganz deutlich zu sagen, man/frau sollte wollen und können nicht verwechseln. Der Prozeß, der in Algier stattfand, wird wieder stattfinden, mal vom Ort abgesehen. Du mußt dich nur an die arroganten Äußerungen von Führern sowohl der PSOE als auch anderer Parteien erinnern, als wir zu Beginn der Formierung des Verhandlungstisches in Algier engen Kontakt mit madrider Repräsentanten hatten. Da hatten sie schon erfahren, was in Algier passierte.

egin: Die Unterzeichner des Paktes haben gesagt, daß nur verhandelt würde, wenn ihr die Waffen niederlegt.

ETA: Auf alle Fälle müßten beide Seiten die Waffen niederlegen. Wenn der Gesprächsprozeß weiterkommt und wenn Garantien angeboten werden und der politische Wille zu Verhandlungen da ist, dann hätte ETA nichts dagegen, die Waffen vollkommen ruhen zu lassen, wie wir es wiederholt gesagt haben. Wenn sie unsere Kapitulation wollen, haben sie sich in der Türe geirrt. Wenn sie mit Verhandlungswillen kommen und bereit sind, die grundlegenden Rechte des baskischen Volkes anzuerkennen, werden sie die Tür nach und nach geöffnet finden. (...)

diesem Fall wären weit mehr Trümmer entstanden", so ein Militärsprecher.+++

Der Fall "Yoyes"

In Madridfand am 2o.12. ein PROZEß GEGEN "2 ETARRAS statt, "Kubati" und Latasa. Beide waren angeklagt, an der Liquidierung der ehem. ETA-Militanten Maria Dolores Gonzalez Katarain, genannt "Yoyes",beteiligt gewesen zu sein. Yoyeswar bis 1979 führend in der ETA aktiv gewesen,und hatte sich, nachdem einer ihrer engsten Genossen "Argale", ermordet worden war, und sie selbst eine Entführung befürchtete, entschlossen, mit der Zustimmung der Organisation auszusteigen, und nach Mexico zu gehen. Sie hatte dabei die Rückendeckung ihrer Organisation. 1983 aber, entschloß sich Yoyes nach Paris zurückzukehren,wo sie weiterhin Kontakt zu ETA hatte, von der ihr mitgeteilt wurde ,daß sie nicht in den Spanischen Staat zurückkehren solle,da sie ein zu großes Sicherheitsrisiko sei.Yoyes kehrte nach Euskadi zurück, keineR hatte damit gerechnet, daß sie diesen Schrit tun würde,Sie wurde erschossen.

Im Prozeß wurden Kubati und Latasa von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, direkt an dieser Aktion beteiligt gewesen zu sein. Für Kubati forderte der Staatsanwalt49Jahre Knast,29 Jahre für Latasa.Beide machten keine Aussagen zu konkreten Aspekten des Attentats.Kubati sagte,daß er mit der Aktion insoweit etwas zu tun habe,als sie eine Aktion der ETA gewesen sei und er mit dieser Organisation übereinstimme ,Militanter sei,worauf er sehr stolz sei.Latasa wiederholte im Prozeß erneut, daß er persönlich nicht beteiligt gewesen sei.

Dem Staatsanwalt war daran gelegen, ETA als eine Organisation darzustellen,die keine Form von Dissidenz in ihren Reihen dulde,keiner und keinem erlaube,ihren und seinen einmal gewählten platz zu verlassen,eine Behauptung ,die von den beiden Militanten dieser Organisation umgehend widerlegt wurde.Yoyeshabe,wie viele andere, die Organisation jederzeit verlassen können.

Kubati machte deutlich ,daß es innerhalb von ETA eine interne Debatte gäbe,und daß sie, mal abgesehen von der Familie, am meißten unter dieser entscheidung gelitten hätten.Ebenso machte er klar,daß diese Entscheidung nichts damit zu tun gehabt hätte,daß Yoy es die Organisation verlassen habe, sondern mit ihrem Entschluß, nach Süd-Euskadi zurückzukehren Die Entscheidung sei keine von Einzelnen gewesen,sondern nach einer großen Debatte in der gesamten Organisation, gefällt worden

Verhandlungslösung gegen Resozialisierung

"RESozialisierung heißt Repression und Tod;Verhandlung heißt Freiheit und Frieden", sagte Latasa am Ende seiner Aussage. Beide Angeklagte forderten im Verlauf des Prozesses eine Verhandlunslösung.Kubati erklärte daßes bezüglich des Todes von Yoyes zwei gegensätzliche linien gäbe. Auf der einen Seite die Regierung, die mit Einzellösungen agiere, um den bewaffneten Kampf zu unterlaufen; auf der anderen Seite die, die das Gegenteil versuchen:die Verhandlung. Er fügte hinzu,wenn eine Person eine andere Haltung dazu entwickle, gehe sie zum Feind über. Man habe Yoyes ausdrücklich gesagt,daß sie nicht kommen solle und gegen diese Militanten werde entsprechend ihrer Einstellung vorgegangen.

Kein Freispruch

Die VerteidigerInnen forderten Freispruch.Resozialisierun sei eine gewaltausübung der Regierung, jenseits von Exekutive und Judikative. Die polit. Resozialisierung sei eine Waffe deren Gebrauch nicht von Gesetzesreformen oder irgendwelchen Bluttaten abhänge, sondern einzig und allein von ihrer Rentabilität für die Regierung.Auch die Verteidigung forderte politische Lösungen.

Der prozeß geht weiter

Die Erschießung von Yoyes ist damals in der abertzalen Linken sehr umstritten gewesen.Viele widersprachen dem Vorwurf der Kollaboration gegen sie und einen Verrat habe es nur insofern gegeben,als die Rückkehr aus Lateinamerika aufgrund ihrer Führungsrolle schälich war.das Argument, daß sie ein Sicherheitsrisiko gewesen sei, weil sie zuviel wisse,und unter Folter zum Sprechen hätte gebracht werden können, wurde ebenfalls von einigen zurückgewiesen.Die spanische Polizei foltere auch in Südamerika Exil-Etarras.



Termine!

Frei. 22.2. 20.30 Film "Die Hafentreppe" im Regenbogenkino, Lausitzerstr.22

20.00 Film "Die Kinder aus Nr.67" Omega Sparr Kino, Sparrstr.21 im Wedding

Sam. 23.2. 9.00 Prozess gegen zwei Frauen wegen Körperverletzung und Widerstand vom 25.11.89 Amtsgericht Tiergarten (Turmstr.) nur Frauen!

15.00 Mainzer Strassenplenum, Grünberger Str.73 gegen die laufende Repression und Finanzen

21.00 Video über Gummigeschosse "plastic Bullets" im Infoladen DANEBEN Rigaer Str.84

19.00 Film über die besetzten Gebiete in Palästina "Rote Kapelle" Leopoldplatz

22.00 "Ein Jahr Köpi und kein Ende" Disco und Kino, Köpenickerstr. 137 Erlös für Prozeßkosten der Weishausstr, in Köln

Schwulenfete im Cafe Subversiv Die Trümmer des Tuntenhauses melden sich zurück Brunnen 7

Son. 24.2. 18.00 Info-Cafe Kreuzigerstr. Info Veranstaltung zur Marchstr./ Einsteinufer

18.00 Kiezküche mit anschließenden Infos zur "Roten Kapelle", Leopoldplatz

20.00 Diavortrag im EX Reisebericht aus Palästina mit aktuellen Informationen zur Situation in Palästina

20.00 Anti-Repressions-Treffen der Mainzerstr. im X-B-Liebig, Liebigstr. in Friedrichshain ab 19.00 Volxküche

16.30 UnterstützerInnen-Treffen im Drugstore zur Drugstore-Kündigung, Potse 180

Mi. 27.2. 19.00 Versammlung aller TaxifahrerInnen (außer Kollektive) Austausch und Überlegungen zur Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Betrieben, Gemeindehaus Nosstizstr. 6 1/61

19.00 Vollversammlung im Halk Evi für eine Kundgebung und Demonstration am Sa. 2.3. 10.00 vor dem türkischen Konsulat, Kottbusser Damm 1/61

Don. 28.2. 19.00 Information und Diskussion zu Totalverweigerung im Haus der Demokratie, Wilhelm-Pieck-Saal Friedrichstr. 165 Vorbereitung zur kollektiven Totalverweigerungsaktion "Aktion 1000"

9.00 Prozess wegen Brümmerstr. (FU am 25.10 89), Turmstr. 91, Stock 1D, Raum 107

20.00 Frauen VV zum 8.März(Internationaler Frauenkampftag), Mehringhof Versammlungsraum

21.00 Film "Made in Germany" über BRD Rüstungsexport im Infoladen DANEBEN, Rigaer Str. 84

20.00 Vorbereitungstreffen für 10 jährigen Geburtstag des Kinderbauernhofes. MusikerInnen, GauklerInnen, ArtistInnen,... im Lehmhaus aufn Bauerhof, Leuschnerdamm 9 1/36

